STADT BECKUM

Bekanntmachung

Gremium: Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss

Datum: Mittwoch, 14.05.2025

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Mensa der Sekundarschule Beckum, Windmühlenstraße 95, 59269 Beckum

Hinweise: Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind zum öffentlichen Teil der Sitzung herzlich eingeladen.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung

2 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

3 Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalausschusses vom 02.04.2025 – öffentlicher Teil –

4 Bericht der Verwaltung

5 Bericht über offene Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie über offene Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

6 Bericht über die Kriminalitätsentwicklung in Beckum – Antrag der FDP-Fraktion vom 18.03.2025

7 Haushaltsbericht zum 1. Mai 2025, Inanspruchnahme der Kreditermächtigung für Investitionen

8 Bericht über die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten der Stadt Beckum sowie über wichtige Investitionsvorhaben und strategische Grundsatzentscheidungen der Beteiligungen im 1. Quartal 2025

9 Rückbau der Wohncontainer an der Vorhelmer Straße 68

10 Neufassung der Wahlordnung der Stadt Beckum für die Wahl des Integrationsrates

11 Straßen- und Wegekonzept der Stadt Beckum entsprechend § 8a Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen in der bis zum 31.12.2023 gültigen Fassung – Fortschreibung 2025 bis 2028

12 Beantragung von Fördermitteln für Querungshilfen an Fußverkehrsanlagen bei Kreisverkehren im Stadtgebiet Beckum

13 Beantragung von Fördermitteln für den Bau von Fußgängerüberwegen am Hansaring, am Südring und am Kreisverkehr Südring/Mühlenweg

14 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Nicht öffentlicher Teil:

1 Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalausschusses vom 02.04.2025 – nicht öffentlicher Teil –

2 Bericht der Verwaltung

3 Personalangelegenheit

4 2. Nachtragsauftrag für die Durchführung der Erst- und Wiederholungsprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel

5 Grundstücksangelegenheit

6 Festsetzung der Kaufpreise für das städtische Baugebiet in Vellern Nr. VE10 "Kirchfeld"

7 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Beckum, den 29.04.2025

gezeichnet
Michael Gerdhenrich
Vorsitz

TOP Ö 1

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2025/0134
öffentlich

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung

Federführung: Büro des Bürgermeisters

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
14.05.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Herr Karsten Vehrenkemper wird zur 2. stellvertretenden Schriftführung für den Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss bestellt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Zur Führung der Niederschriften über die Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Digitalausschusses schlägt die Verwaltung vor, Herrn Karsten Vehrenkemper zur 2. stellvertretenden Schriftführung zu bestellen.

Anlage(n):

ohne

TOP Ö 5

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Berichtsvorlage 2025/0116
öffentlich

Bericht über offene Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie über offene Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Federführung: Büro des Bürgermeisters

Beteiligungen: Fachbereich Umwelt und Bauen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
14.05.2025 Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Der Rat der Stadt Beckum hat in seiner Sitzung am 21.12.2021 die Verwaltung beauftragt, quartalsweise im jeweils zuständigen Gremium über die Sachstände der noch offenen Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie der noch offenen Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu berichten. Tagt ein Gremium nicht quartalsweise, erfolgt die Berichterstattung in der nächsten Sitzung. Auf die Vorlage 2021/0418 und die Niederschrift zur Sitzung des Rates der Stadt Beckum vom 21.12.2021 wird verwiesen.

Folgende Anträge/Anfragen der Fraktionen, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen, liegen aktuell vor:

- **Technisch einwandfreien Betrieb des Auszugs im Stadtmuseum sicherstellen – Antrag der FWG-Fraktion vom 10.11.2024 (siehe Anlage 1 zur Vorlage)**

  Mit der Endabnahmebescheinigung des TÜV NORD am 04.04.2024 ging der Fahrstuhl für das Stadtmuseum in Betrieb. Der Aufzug blieb in kurzen und unregelmäßigen Abständen stecken. Die Personenbefreiung wurde durch den technischen Mitarbeiter des Museums und durch den Notdienst der Aufzugfirma durchgeführt.

  Die Georgi Aufzugtechnik GmbH hat bereits in mehreren Terminen vor Ort Feineinstellungen vorgenommen, Teile ausgetauscht und mit Technikern nach der Ursache des Problems gesucht. Anfang April 2025 wurde ein zusätzliches Überwachungs-Tool installiert, welches die Fahrkurven jeder Fahrt aufzeichnet.

  Sobald die Daten vorliegen und ausgewertet sein werden, kann die Georgi Aufzugtechnik GmbH entsprechende Vorkehrungen treffen und die letzten Fehler im System beseitigen. Die Anlage wird durch die Stadt Beckum erst abgenommen werden, wenn alle Fehler behoben sind.

  Der Antrag wird aus Sicht der Verwaltung damit als erledigt beziehungsweise abgeschlossen angesehen.

- **Informationskampagne zum Schutz des Igels – Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 23.01.2025 (siehe Anlage 2 zur Vorlage)**

  Die Igelschutz-Kampagne in Kooperation mit der Igelhilfe Beckum wurde im März 2025 gestartet und soll aus mehreren, über das Jahr verteilten Presse- und Social Media-Artikeln bestehen. Die allgemeine Einführung sowie das Frühjahrsthema zu igelfreundlichen Gärten wurde bereits veröffentlicht. Es folgen im Frühsommer „Gefahr durch Mähroboter, Trimmer und Sensen", im Hochsommer „Gefahr durch Hitze, Giftköder und Mausefallen", im Herbst „Richtiger Umgang mit dem Igel" und im Winter „Gehegebau".

  Weitere Maßnahmen, wie die extensivere Gestaltung von städtischen Waldrändern, Heckenbereichen oder Parkanlagen und die Nutzung von Strauchschnitt oder Totholzhecken, werden geprüft. Auf ordnungsbehördliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Nachtfahrverbote für Mähroboter, soll verzichtet werden. Die Notwendigkeit solcher Themen wird jedoch in der Informationskampagne thematisiert.

  Der Antrag wird aus Sicht der Verwaltung damit als erledigt beziehungsweise abgeschlossen angesehen.

Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW, die in die Zuständigkeit des Haupt-, Finanz- und Digitalausschusses oder des Bürgermeisters fallen, liegen aktuell nicht vor.

Anlage(n):

1 Antrag der FWG-Fraktion vom 10.11.2024
2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2024

TOP Ö 5

FWG
Freie WählerGemeinschaft
Beckum e.V.

FWG–Fraktion im Rat der Stadt Beckum

Herrn
Bürgermeister Michael Gerdhenrich

Weststraße 46
59269 Beckum

Beckum, 10.11.2024

Aufzug Stadtmuseum: technisch einwandfreien Betrieb sicherstellen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gerdhenrich,

der Aufzug zwischen dem Haus Markt 2 und Stadtmuseum befindet sich offensichtlich in keinem technisch einwandfreien Betriebszustand: Heute ist der Aufzug zum 9-ten Mal seit März diesen Jahres steckengeblieben. Gemeinsam mit einem Mitarbeiter des Stadtmuseums war ich heute Nachmittag für gut eine Stunde im Aufzug eingeschlossen und habe danach das erforderliche Notfallprogramm – telefonische Aufschaltung auf eine Zentrale, Beauftragung der zuständigen Firma … – sozusagen life erleben können.

Aus meiner Sicht der Dinge kann bzw. darf es nicht sein, dass eine solche Häufigkeit von technischen Problemen auftreten. Die in der Verantwortung stehende Fachfirma muss einen fehlerfreien Betrieb gewährleisten!

Ich möchte Sie hiermit höflichst bitten, sich zeitnah der Thematik anzunehmen und eine technisch einwandfreie Funktionstüchtigkeit sicherstellen zu lassen.

Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
FWG-Fraktion im Rat der Stadt Beckum



Gregor Stöppel
Fraktionsvorsitzender

Gregor Stöppel, Everkekamp 4, 59269 Beckum • Telefon: 02521/4861 • E-Mail: gregorstoeppel@t-online.de • Internet: www.fwg-beckum.de

TOP Ö 5

#BEgreen
GrueneBeckum

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN · Nordwall 37 · 59269 Beckum

Bündnis90/Die Grünen
Ratsfraktion der Stadt Beckum

Nadhira de Silva
Peter Dennin
Fraktionsvorsitzende

Nordwall 37
59269 Beckum

E-Mails:
peter.dennin@gruene-beckum.de
nadhira.de-silva@gruene-beckum.de

Herrn
BM Michael Gerdhenrich
Weststraße 46
59269 Beckum

Beckum, 23.01.2025

Informationskampagne zum Schutz des Igels

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gerdhenrich,

der heimische Braunbrustigel ist das Tier des Jahres 2024. Seine Bestände sind jedoch so stark rückläufig, dass der Braunbrustigel inzwischen auf der Vorwarnliste der Roten Liste der Säugetiere steht. Die Ursachen für den Rückgang sind dabei vielfältig. So tragen u. a. die aktuellen Klimaveränderungen zu einem reduzierten Nahrungsangebot für Igel bei. Darüber hinaus stellen autonome Mähroboter eine große Gefahrenquelle für Wildtiere, hierbei insbesondere für Igel dar. Die automatisierten Rasenmäher können gravierende bis tödliche Schnittverletzungen verursachen. Die nach dem Bundesnaturschutzgesetz besonders geschützte Art des heimischen Igels ist deshalb so gefährdet, weil sie nachts nach Nahrung sucht und bei Kontakt mit dem Mähroboter nicht flüchtet, sondern sich zusammenrollt. Technische Lösungen zum Schutz der Igel an den Mähgeräten sind längst noch nicht ausgereift.

Antrag

1) Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Verwaltung der Stadt Beckum eine Informationskampagne zum Schutz des Igels startet und diese über alle ihr zur Verfügung stehenden Medien zur Schaffung eines Bewusstseins in der Bevölkerung kommuniziert.

2) Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Verwaltung der Stadt Beckum prüft, ob und ggf. welche weiterführenden Maßnahmen zum Schutz des Igels umsetzbar sind.

Begründung

Es bedarf eines breiten Informationsangebots über die arten- und tierschutzkonforme Nutzung von Mährobotern. Viele Nutzerinnen und Nutzer verfügen über keine Kenntnisse von den Gefahren dieser Produkte für Wildtiere. In diesem Zusammenhang erscheint eine flächendeckende Informationskampagne besonders erfolgsversprechend, da davon auszugehen ist, dass niemand Wildtiere mit Absicht gefährdet.
Daneben empfehlen unter anderem Forschende des Leibniz-Instituts für Zoo- und Wildtierforschung sowie das Ministerium für Landwirtschaft NRW, Mähroboter nicht in der Nacht zu verwenden. Denkbar wären hier Zeitfenster, in denen nicht gemäht werden soll, beispielsweise in der Zeit zwischen 18 und 6 Uhr. In der Stadt Köln gilt gar ein Mähverbot „…in der Zeit von einer halben Stunde vor Sonnenuntergang bis eine halbe Stunde nach Sonnenaufgang des folgenden Tages." Neben der Vermeidung von Tierleid wird mit einer solchen Regelung ein Beitrag zum Artenschutz geleistet.
Zum Schutz der Igel sowie anderer Kleintiere sollte eine tierschutzverträgliche Regelung gefunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

N. de Silva

P. Dennin

(Nadhira de Silva)
Fraktionsvorsitzende

(Peter Dennin)
Fraktionsvorsitzender

TOP Ö 6

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Berichtsvorlage 2025/0117
öffentlich

Bericht über die Kriminalitätsentwickung in Beckum – Antrag der FDP-Fraktion vom 18.03.2025

Federführung: Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Liekenbröcker | 02521 29-3000 | liekenbroecker@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
14.05.2025 Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Mit Schreiben vom 18.03.2025 (siehe Anlage zur Vorlage) beantragte die FDP-Fraktion unter anderem eine Berichterstattung über die Kriminalitätsentwicklung in Beckum sowie eine Stellungnahme durch die örtliche Polizeibehörde. Hierzu sollte die Verwaltung eine Vertretung der Kreispolizeibehörde Warendorf zur nächsten Ausschusssitzung einladen.

An der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalausschusses am 02.04.2025 konnte keine Vertretung der Kreispolizeibehörde Warendorf teilnehmen, um den von der FDP-Fraktion beantragten Bericht abzugeben. Die Kreispolizeibehörde hat hierzu mit Schreiben vom 31.03.2025 mitgeteilt, dass es für den begehrten Bericht erforderlich ist, die relevanten Fragestellungen mit einem Vorlauf von wenigstens 2 Wochen der Kreispolizeibehörde zur Verfügung zu stellen. In der Sitzung am 02.04.2025 wurde dies fraktionsübergreifend zugesagt.

Nunmehr hat die Kreispolizeibehörde Warendorf ihre Teilnahme an der Sitzung am 14.05.2025 gegenüber der Verwaltung kommuniziert, sofern Fragen rechtzeitig eingereicht werden.

Die weiteren Punkte des FDP-Antrags wurden bereits in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalausschusses am 02.04.2025 abschließend behandelt (siehe Vorlage 2025/0093 und Niederschrift zur Sitzung).

Anlage(n):

Antrag der FDP-Fraktion vom 18.03.2025

TOP Ö 6

Freie Demokraten

Ratsfraktion Beckum FDP

Timo Przybylak
FDP-Fraktionsvorsitzender
Alleestraße 1
59269 Beckum

Herrn Bürgermeister
Michael Gerdhenrich
Weststr. 46
59269 Beckum

Beckum, 18.03.2025

Antrag: Stärkung der Sicherheit und Ordnung in Beckum schnellstmöglich umsetzen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gerdhenrich,

die FDP-Fraktion beantragt folgendes:

1. Bericht über die Kriminalitätsentwicklung in Beckum sowie eine Stellungnahme durch die örtliche Polizeibehörde auf die Tagesordnung des nächsten hierfür zuständigen Ausschusses zu setzen. Hierfür sollte die Stadt Beckum offiziell über die Kreispolizeibehörde einladen mit dem Zweck der Stellungnahme zu den Entwicklungen in Beckum.
2. Beratung und Beschlussfassung im nächsten hierfür zuständigen Ausschuss über die Grundsatzentscheidung schnellstmöglich die Gründung und Konzeption des kommunalen Ordnungsdienstes in Beckum mit dem Ziel die Sicherheit und Ordnung in allen vier Ortsteilen zu verbessern.
3. Im Haupt-Finanz und Digitalausschuss vom 26.11.2024 wurde beschlossen einen Arbeitskreis zu gründen, wie mit dem Thema generell weiter verfahren wird. Hier sollte auch beraten werden, ob wir die Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes überhaupt brauchen. Dieser Arbeitskreis soll das neue Ziel haben nach der Grundsatzentscheidung gemäß Punkt 2 über die personelle

Ausstattung und technische Ausstattung zu beraten und ein Konzept für mehr Sicherheit und Ordnung zu erarbeiten.

Begründung:

Schon mit Antrag vom 22.10.2024 hat die FDP-Fraktion die Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes für mehr Sicherheit in Beckum gefordert. Wir forderten in unserem Antrag den Ausbau der personellen und zeitlichen Präsenz des Beckumer Ordnungsdienstes. Unser Antrag wurde im hierfür zuständigen Ausschuss mit Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FWG abgelehnt. Stattdessen haben die vier Fraktionen beantragt im Rahmen einer Testphase in den dunklen Monaten einen privaten Sicherheitsdienst bestehend aus insgesamt 4 Personen für die Stadtteile Beckum und Neubeckum zu beauftragen, der jeweils Freitags und Samstags von 20 bis 24 Uhr auf dem Marktplatz und auf der Hauptstraße Streifendienst absolviert und für alle Menschen ansprechbar ist sowie diesen im Rahmen der Gesetze hilft. Der private Sicherheitsdienst soll Rückmeldungen über alle Ereignisse an die Verwaltung geben. Danach soll ein Arbeitskreis eine Evaluierung der Erfahrungen des privaten Sicherheitsdienstes durchführen und beraten, wie es ab dem Sommer 2025 weiter geht. Als FDP sahen wir damals schon das dieser Antrag für uns nicht bei diesem wichtigen Thema weit genug geht, aber besser ist als gar nichts zu tun. Für die FDP Beckum stand von vorneherein fest, dass es gar keine Frage ist, ob wir überhaupt eine Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes brauchen, es war immer klar wir brauchen die Stärkung für mehr Sicherheit umgehend.

Aus der Kriminalitätsstatistik des Kreises Warendorf für das Jahr 2024 geht hervor, dass die Stadt Beckum neuer Spitzenreiter gemäß der Kriminalitätshäufigkeitszahl im Kreis ist und Ahlen an der Spitze abgelöst hat. Nach Ansicht der FDP-Fraktion ist dies ein erneuter Grund das wichtige Thema schnellstmöglich wieder auf die politische Agenda in Beckum zu holen und nicht bis zum Sommer zu warten wie es weitergeht.

Als FDP-Fraktion war es schon in unserem Antrag vom Oktober 2024 ein Ansinnen durch die Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes auch die Polizei zu entlasten in dem Sinne das sie wichtigen Aufgaben für die Sicherheit verstärkt nachgehen kann.

Als FDP-Fraktion geben wir hier ein konkretes Beispiel:

Die Polizei muss außerhalb der Dienstzeiten des Ordnungsamtes Aufgaben übernehmen, für die originär die Stadt Beckum zuständig ist, wie z.B. bei Ruhestörungen und Lärmbelästigungen. Könnte der Beckumer kommunale Ordnungsdienst durch personelle und zeitliche Ausweitung aber diese Aufgaben wieder übernehmen, dann würde die Polizei entlastet und könnte anderen wichtigen Aufgaben verstärkt nachgehen.

Wir müssen dieses Thema nun umgehend angehen und brauchen nach Ansicht der FDP-Fraktion nicht auf die Evaluierung der Erfahrungen des privaten Sicherheitsdienstes warten.

Für die FDP-Fraktion war der private Sicherheitsdienst von vornherein nicht die bevorzugte Wahl zur Verbesserung der Sicherheit und Ordnung in Beckum. Ein privater Sicherheitsdienst hat keine rechtliche Handhabe, die aber das Ordnungsamt hat wie z.B. Platzverweise erteilen, Personalien feststellen und auch die Polizei viel enger zu unterstützen.

Wir brauchen daher die Evaluierung der Erfahrungen des privaten Sicherheitsdienstes nicht abzuwarten, um die grundsätzliche Entscheidung zur Umsetzung eines kommunalen Ordnungsdienstes für mehr Sicherheit in Beckum schnellstmöglich zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen,

Timo Przybylak

Timo Przybylak

(FDP-Fraktionsvorsitzender)

TOP Ö 8

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Berichtsvorlage 2025/0132
öffentlich

Bericht über die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten der Stadt Beckum sowie über wichtige Investitionsvorhaben und strategische Grundsatzentscheidungen der Beteiligungen im 1. Quartal 2025

Federführung: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Wulf | 02521 29-2000 | wulf@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
14.05.2025 Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Gemäß § 15 Nummer 19 Zuständigkeitsordnung des Rates, der Ausschüsse und der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters der Stadt Beckum hat der Bürgermeister vierteljährlich über die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten und über wichtige Investitionsvorhaben und strategische Grundsatzentscheidungen der Beteiligungen zu berichten. Der Bericht für das 1. Quartal 2025 ist als Anlage zur Vorlage beigefügt.

Anlage(n):

Bericht über die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten der Stadt Beckum sowie über wichtige Investitionsvorhaben und strategische Grundsatzentscheidungen der Beteiligungen im 1. Quartal 2025

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Anlage zur Vorlage 2025/0122

TOP 8:

Bericht über die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten der Stadt Beckum sowie über wichtige Investitionsvorhaben und strategische Grundsatzentscheidungen der Beteiligungen im 1. Quartal 2025

1 Kreditverbindlichkeiten der Stadt Beckum

1.1 Entwicklung der Investitionskredite vom 01.01. bis 31.03.2025

	Städtischer Haushalt*	Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	Städtische Betriebe Beckum	Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	Gesamt
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 –
Stand 01.01.2025	6.985.471,41 €	12.286.635,53 €	4.701.926,23 €	40.780.447,77 €	64.754.480,94 €
Kreditaufnahmen für Investitionen im 1. Quartal 2025	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kreditaufnahmen für Umschuldungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
planmäßige Tilgung im 1. Quartal 2025	43.382,50 €	198.652,35 €	124.795,02 €	733.593,91 €	1.100.423,78 €
Tilgung für Umschuldungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stand 31.03.2025	6.942.088,91 €	12.087.983,18 €	4.577.131,21 €	40.046.853,86 €	63.654.057,16 €
- Entschuldung/+ Verschuldung	-43.382,50 €	-198.652,35 €	-124.795,02 €	-733.593,91 €	-1.100.423,78 €

Erläuterung:

* Kredite im Rahmen des Förderprogramms „NRW.BANK.Gute Schule 2020“ werden nicht in der Übersicht der investiven Kredite abgebildet, sondern lediglich nachrichtlich ausgewiesen. Die zins- und tilgungsfreien Investitionskredite aus dem Förderprogramm „NRW.Bank.Gute Schule 2020“ betragen zum Stand 31.03.2025 721.381 €.

1.2 Zinsanpassungen, Neuaufnahmen und Umschuldungen vom 01.01. bis 31.03.2025

Zinsanpassungen, Neuaufnahmen und Umschuldungen waren im 1. Quartal 2025 nicht zu verzeichnen.

1.3 Jahresentwicklung der Investitionskredite

	Städtischer Haushalt	Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	Städtische Betriebe Beckum	Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	Gesamt
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 –
Stand 01.01.2025	6.985.471,41 €	12.286.635,53 €	4.701.926,23 €	40.780.447,77 €	64.754.480,94 €
Stand 31.03.2025	6.942.088,91 €	12.087.983,18 €	4.577.131,21 €	40.046.853,86 €	63.654.057,16 €
- Entschuldung/+ Verschuldung im Jahr 2025	-43.382,50 €	-198.652,35 €	-124.795,02 €	-733.593,91 €	-1.100.423,78 €

1.4 Entwicklung der Bestände im Liquiditätsverbund und der Liquiditätskredite vom 01.01. bis 31.03.2025

Tag (stichtagsbezogen)	Bestände im Liquiditätsverbund*					Liquiditäts-kredite**
	Liquiditäts-verbund Gesamt	Städtischer Haushalt	Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	Städtische Betriebe Beckum	Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
01.01.2025	5.194.997,03 €	990.901,81 €	603.721,78 €	275.833,12 €	3.324.540,32 €	0,00 €
19.02.2025	7.218.426,65 €	2.543.380,34 €	442.568,30 €	-123.430,43 €	4.355.908,44 €	0,00 €
31.03.2025	7.043.340,87 €	4.371.137,20 €	-302.576,26 €	-199.197,39 €	3.173.977,32 €	0,00 €
Höchststand im 1. Quartal	8.362.541,58 € 17.03.2025	5.213.472,36 € 17.02.2025	603.721,78 € 01.01.2025	707.855,27 € 27.01.2025	4.355.908,44 € 19.02.2025	68.855,86 € 31.01.2025
Tiefststand im 1. Quartal	-68.855,86 € 31.01.2025	-3.598.277,15 € 31.01.2025	-302.576,26 € 31.03.2025	-334.453,19 € 17.02.2025	2.287.836,70 € 18.02.2025	0,00 €

Zinsen im Kontokorrentverkehr und zur Liquiditätssicherung im 1. Quartal 2025***				
Städtischer Haushalt	Eigenbetrieb Energie-versorgung und Bäder	Städtische Betriebe Beckum	Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	Gesamt
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -
17,90 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Erläuterung:

* Handvorschüsse (Barkassen) sind im Liquiditätsbestand nicht enthalten. Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgen keine unterjährigen Zwischenabrechnungen. Zum Stand 31.03.2025 waren 35 Handvorschüsse in Höhe von insgesamt 14.210,00 € im Umlauf.

** Kredite im Rahmen des Förderprogramms „NRW.BANK.Gute Schule 2020" werden nicht in der Übersicht der Liquiditätskredite abgebildet, sondern lediglich nachrichtlich ausgewiesen. Die zins- und tilgungsfreien Liquiditätskredite aus dem Förderprogramm „NRW.Bank.Gute Schule 2020" betragen zum Stand 31.03.2025 1.356.897 €.

*** Zinszahlungen/-gutschriften für Liquiditätskredite fallen nur an soweit eine tatsächliche Liquiditätskreditaufnahme durch den Liquiditätsverbund von einem Kreditinstitut erfolgt oder dies zur Vermeidung von verdeckten Gewinnausschüttungen notwendig ist.

1.5 Jahresentwicklung der Bestände im Liquiditätsverbund und der Liquiditätskredite

	Liquiditäts-verbund Gesamt	Städtischer Haushalt	Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	Städtische Betriebe Beckum	Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	Liquiditäts-kredite
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -
Stand 01.01.2025	5.194.997,03 €	990.901,81 €	603.721,78 €	275.833,12 €	3.324.540,32 €	0,00 €
Stand 31.03.2025	7.043.340,87 €	4.371.137,20 €	-302.576,26 €	-199.197,39 €	3.173.977,32 €	0,00 €
- Minderung/ + Erhöhung im Jahr 2025	+1.848.343,84 €	+3.380.235,39 €	-906.298,04 €	-475.030,51 €	-150.563,00 €	+/-0,00 €

2 Liquide Mittel

2.1 Liquiditätssalden vom 01.01. bis 31.03.2025

Tag (stichtagsbezogen)	Liquiditätssalden*				
	Städtischer Haushalt**	Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	Städtische Betriebe Beckum	Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	Gesamt
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
01.01.2025	992.092,14 €	604.147,01 €	275.833,12 €	3.324.517,97 €	5.196.590,24 €
19.02.2025	2.546.714,27 €	444.018,30 €	-123.430,43 €	4.355.908,44 €	7.223.210,58 €
31.03.2025	4.373.254,35 €	-302.043,05 €	-199.197,39 €	3.173.931,04 €	7.045.944,95 €
Höchststand im 1. Quartal	4.769.317,28 € 17.03.2025 €	604.196,55 € 02.01.2025	707.855,27 € 27.01.2025	4.355.908,44 € 19.02.2025	
Tiefststand im 1. Quartal	-3.596.313,93 € 31.01.2025	-302.043,05 € 31.03.2025	-334.453,19 € 17.02.2025	2.288.492,63 € 17.02.2025	

Erläuterung:

* Die Salden bilden sich aus den Beständen der Kontokorrentkonten und den Liquiditätsverbundkonten.

** Handvorschüsse (Barkassen) sind im Liquiditätsbestand nicht enthalten. Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgen keine unterjährigen Zwischenabrechnungen. Zum Stand 31.03.2025 waren 35 Handvorschüsse in Höhe von insgesamt 14.210,00 € im Umlauf.

Jahresentwicklung der Liquiditätssalden

	Städtischer Haushalt	Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	Städtische Betriebe Beckum	Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	Gesamt
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 –
Stand 01.01.2025	992.092,14 €	604.147,01 €	275.833,12 €	3.324.517,97 €	5.196.590,24 €
Stand 31.03.2025	4.373.254,35 €	-302.043,05 €	-199.197,39 €	3.173.931,04 €	7.045.944,95 €
- Minderung/+ Erhöhung	+3.381.162,21 €	-906.190,06 €	+475.030,51 €	-150.586,93 €	+2.799.415,73 €

3 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

3.1 Entwicklung der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften vom 01.01. bis 31.03.2025

	Städtischer Haushalt	Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	Städtische Betriebe Beckum	Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	Gesamt
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 –
Stand 01.01.2025	5.031.092,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	5.031.092,99 €
Neue Zahlungsverpflichtungen im 1. Quartal 2025	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Tilgung im 1. Quartal 2025	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stand 31.03.2025	5.031.092,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	5.031.092,99 €
- Entschuldung/+ Verschuldung	+/-0,00 €	+/-0,00 €	+/-0,00 €	+/-0,00 €	+/-0,00 €

3.2 Neue Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften vom 01.01. bis 31.03.2025

Neue Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften waren im 1. Quartal 2025 nicht zu verzeichnen.

3.3 Jahresentwicklung der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

	Städtischer Haushalt	Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	Städtische Betriebe Beckum	Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	Gesamt
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 –
Stand 01.01.2025	5.031.092,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	5.031.092,99 €
Stand 31.03.2025	5.031.092,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	5.031.092,99 €
- Entschuldung/+ Verschuldung im Jahr 2025	+/-0,00 €	+/-0,00 €	+/-0,00 €	+/-0,00 €	+/-0,00 €

4 Veräußerungen

von Umlaufvermögen vom 01.01. bis 31.03.2025

Städtischer Haushalt			
Art	**Restbuchwert in der Bilanz**	**Verkaufserlös**	**Ertrag (+) bzw. Aufwand (–)**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
Grundstück BG N67 A „Vellerner Straße“	43.964,24 €	430.476,66 €	+386.512,42 €
Sonstige Grundstücke	1.250.363,40 €	1.500.00,00 €	+299.636,60 €
Summe	**1.294.327,64 €**	**1.930.476,66 €**	**+686.149,02 €**

von Anlagevermögen vom 01.01. bis 31.03.2025

Städtischer Haushalt			
Art	**Restbuchwert in der Bilanz**	**Verkaufserlös**	**Ertrag (+) bzw. Aufwand (–)**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
2 Fotostudios	110,34 €	148,78 €	+38,44 €
Summe	**110,34 €**	**148,78 €**	**+38,44 €**

Städtische Betriebe Beckum			
Art	**Restbuchwert in der Bilanz**	**Verkaufserlös**	**Ertrag (+) bzw. Aufwand (–)**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
Unimog	1,00 €	23.340,00 €	+23.339,00 €
Mäharm	1,00 €	11.660,00 €	+11.659,00 €
Summe	**2,00 €**	**35.000,00 €**	**+34.998,00 €**

5 Wichtige Investitionsvorhaben der Beteiligungen

Wichtige Investitionsvorhaben der Beteiligungen waren im 1. Quartal 2025 nicht zu verzeichnen.

6 Wichtige strategische Grundsatzentscheidungen der Beteiligungen

Die Beckumer Batteriespeicher GmbH, an der die Stadt Beckum mittelbar beteiligt ist, wurde im Januar 2025 gegründet. Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages erfolgte am 06.01.2025.

TOP Ö 9

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Berichtsvorlage 2025/0119
öffentlich

Rückbau der Wohncontainer an der Vorhelmer Straße 68

Federführung: Fachbereich Jugend und Soziales

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Schulte | 02521 29-5000 | schulte@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
14.05.2025 Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Die Verwaltung hat in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalausschusses am 09.02.2023 darüber informiert, dass die Anschaffung von Wohncontainern vorgesehen ist, um Menschen mit Fluchtgeschichte adäquat unterzubringen zu können (siehe Vorlage 2023/0119 und Niederschrift zur Sitzung).

Zum damaligen Zeitpunkt stiegen die Zuströme aus der Ukraine und aus anderen Ländern. Das Ministerium für Kinder, Jugendliche, Familien, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen hatte die Kommunen aufgefordert, weitere Unterbringungskapazitäten herzurichten und den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Sowohl die Bezirksregierung Arnsberg als auch die Ausländerbehörde des Kreises Warendorf positionierten sich in gleicher Weise. Die Unterbringungskapazitäten in Beckum waren an der Grenze und vor dem Hintergrund, dass die Stadt Beckum das genutzte ehemalige Schwesternwohnheim der St. Elisabeth-Hospital Beckum GmbH nur noch befristet nutzen konnte, war die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten notwendig.

Nach umfangreicher Marktanalyse und erforderlicher Beteiligung der internen Stellen ist der Aufbau von Wohncontainern mit der FAGSI Vertriebs- und Vermietungs-GmbH umgesetzt worden. Diese Anbieterin hatte bereits eine Wohncontainer-Anlage in der Stadt Rheda-Wiedenbrück errichtet, die von der Verwaltung im Vorfeld in Augenschein genommen wurde. Für den Aufbau der Wohncontainer sind Kosten von circa 620.000 Euro entstanden. Die Miete beträgt circa 23.000 Euro pro Monat. Laut Vertrag werden Kosten in Höhe von etwa 78.000 Euro für den Rückbau entstehen. Diese Mittel stehen im entsprechenden Produktkonto zur Verfügung. Die Stadt Beckum hat in den Jahren 2022 und 2023 sowohl Bundes- als auch Landemittel erhalten, die unter anderem für die Schaffung, Unterhaltung und Herrichtung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete ausgezahlt wurden. Die entsprechenden Bundes- und Landesmittel decken die oben genannten Kosten umfänglich ab. Ein Verwendungsnachweis ist hierzu bereits geführt worden.

Der Wohncontainer wurde am 18.08.2023 in Betrieb genommen und mit 25 Personen bezogen, die bis dahin noch im ehemaligen Schwesternwohnheim untergebracht waren. Durch die gute Kooperation mit den Vertreterinnen und Vertretern der Elisabeth-Hospital Beckum GmbH konnte ein nahtloser Übergang geschaffen werden.

Im Verlauf der nun 20-monatigen Mietzeit waren durchschnittlich 29 Personen pro Monat im Wohncontainer untergebracht.

Der Mietvertrag läuft am 17.08.2025 planmäßig aus. Die Verwaltung befindet sich bereits in Gesprächen mit Verantwortlichen der FAGSI Vertriebs- und Vermietungs-GmbH, um den Rückbau der Wohncontainer nach Mietende zu organisieren. Die Fläche soll im Anschluss wieder der ursprünglichen Nutzung als Parkplatz zugeführt werden.

Vor dem Hintergrund der bauordnungsrechtlichen Genehmigung von maximal 4 Jahren wäre es möglich gewesen, die Wohncontainer für weitere circa 2 Jahre zu mieten. Auch in Anbetracht dessen, dass die Ankündigungen beziehungsweise die Prognosen des Ministeriums, der Bezirksregierung Arnsberg und der Ausländerbehörde des Kreises Warendorf letztlich nicht eingetreten sind, hat die Verwaltung von einer weiteren Anmietung über den 17.08.2025 hinaus Abstand genommen.

Im konkreten Austausch hierzu mit der Bezirksregierung Arnsberg ist von dort rückgemeldet worden, dass sich die Lage in den Landeseinrichtungen entspannt habe. So seien die Zentralen Unterbringungseinheiten des Landes mit derzeit 20 000 Menschen, bei einer Kapazität von 40 000 Plätzen nur zur Hälfte belegt. Der Zuzug aus der Ukraine gehe langsam zurück und es habe im Jahr 2024 deutlich weniger Asylgesuche gegeben als im Vorjahr. Zusammenfassend gehe man von Seiten der Bezirksregierung Arnsberg nicht von einer zukünftigen Verschärfung der Zuweisungspraxis aus.

Der Stadt Beckum sind über die Bezirksregierung Arnsberg im gesamten Jahr 2024 10 Personen zugewiesen worden. Hiervon 3 Personen aus der Ukraine und 7 Personen aus weiteren Ländern. Im Jahr 2025 sind der Stadt Beckum bisher 2 Personen zugewiesen worden – hiervon keine Person aus der Ukraine. Die wöchentlich veröffentliche Verteilstatistik der Bezirksregierung Arnsberg weist für die Kommunen sowohl eine Erfüllungsquote als auch eine konkrete Personenaufnahmeverpflichtung aus. Für Beckum ergeben sich seit dem Jahr 2024 folgende wöchentliche Durchschnittswerte:

Erfüllungsquote = 98,46 Prozent/Personenaufnahmeverpflichtung = 10 Personen.

Die Interpretation der vorliegenden Erkenntnisse und Daten lässt auch verwaltungsseitig den Schluss zu, dass nach derzeitigem Stand nicht von einer erheblichen Zunahme der Zuweisungen auszugehen ist.

Durch die Nutzung des Wohncontainers ergab sich die Möglichkeit, sich in der Zwischenzeit weiter darauf vorzubereiten, auch ohne den Wohncontainer für die Unterbringungen von geflüchteten Menschen zukunftssicher aufgestellt zu sein. Von den 5 Übergangswohnheimen der Stadt Beckum sind mittlerweile 4 Übergangswohnheime saniert und renoviert. Das letzte verbleibende Übergangswohnheim soll noch im Laufe des Jahres 2025 entsprechend in Stand gesetzt werden. Potentiell notwendige Sanierungsarbeiten in der Rolandschule sind für das Jahr 2026 angedacht. Neben den genannten Einrichtungen stehen noch städtische Wohnungen und privat angemietete Wohnungen zur Verfügung, die zur Unterbringung von geflüchteten Menschen genutzt werden.

Aktueller Stand der Unterbringungskapazitäten

Art der Unterbringung	**Kapazität**	**Frei**
5 Übergangswohnheime	160 Plätze	88 Plätze
Rolandschule	54 Plätze	19 Plätze
Städtische Wohnungen	3 Wohnungen	1 Wohnung
Privat angemietete Wohnungen	31 Wohnungen	0 Wohnungen

Die Überganswohnheime weisen eine maximale Kapazität von 32 Plätzen pro Übergangswohnheim aus. Je nachdem in welchen Familienkonstellationen die Stadt Beckum geflüchtete Personen erreichen, ist eine maximale Belegung nicht in jedem Fall möglich. Bei der oben aufgeführten Tabelle wird von einer maximalen Ausnutzung der Kapazitäten ausgegangen. Das Übergangswohnheim Münsterkamp soll ab Mai 2025 saniert werden und ist aktuell nicht Gegenstand der Erhebung. Nach Fertigstellung der Sanierung können weitere 32 Plätze den hier freien Plätzen zugefügt werden. Von einer Fertigstellung wird Ende des Jahres 2025 ausgegangen.

Zusammenfassend und in der Gesamtbewertung lässt sich konstatieren, dass in der aktuellen Lage die Unterbringungskapazitäten für geflüchtete Menschen auch ohne den Wohncontainer ausreichend sind und noch einen Puffer für nicht planbare Entwicklungen vorgehalten werden kann.

Anlage(n):

ohne

TOP Ö 10

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2025/0121
öffentlich

Neufassung der Wahlordnung der Stadt Beckum für die Wahl des Integrationsrates

Federführung: Fachbereich Jugend und Soziales

Beteiligungen: Büro des Bürgermeisters
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen
Fachbereich Innere Verwaltung
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Schulte | 02521 29-5000 | schulte@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
14.05.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum
27.05.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte Neufassung der Wahlordnung der Stadt Beckum für die Wahl des Integrationsrates wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Kosten und Folgekosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Der Erlass der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates erfolgt auf Grundlage von § 7 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 27 Absatz 1 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW). In der Stadt Beckum wird aktuell aufgrund von § 27 Absatz 1 Satz 3 GO NRW in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Hauptsatzung der Stadt Beckum ein Integrationsrat gebildet.

Die derzeit gültige Wahlordnung der Stadt Beckum für die Wahl des Integrationsrates (Wahlordnung) sieht in § 2 Absatz 2 die Einteilung in die Wahlbezirke vor.

Bisher wurden unter Berücksichtigung der vom Wahlausschuss bestimmten Wahlbezirke für die Kommunalwahlen jeweils 2 separate Wahlbezirke für die Integrationsratswahl gebildet. Diese separaten Wahlbezirke verhinderten in der Vergangenheit die Wahlhandlung in einem gemeinsamen Wahllokal für Bürgerinnen und Bürger, die sowohl für die Kommunalwahlen als auch für die Integrationsratswahl wahlberechtigt waren.

Bereits in den Sitzungen des Integrationsrates am 19.06.2024 und am 14.11.2024 wurde beraten, wie eine Wahlbeteiligung für die Wahl des Integrationsrates erhöht werden kann.

In einem engen Austausch mit dem Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen und auf Ebene der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen sowie unter Berücksichtigung der Musterwahlordnung für Integrationsgremien wird vorgeschlagen, die Wahl des Integrationsrats in den vom Wahlausschuss bestimmten Wahlbezirken parallel zu den Kommunalwahlen durchzuführen.

Diese Vorgehensweise wurde bereits mit dem Wahlamt der Stadt Beckum besprochen. Organisatorisch gibt es hier keine Bedenken.

Hierfür ist die Änderung der Wahlordnung der Stadt Beckum für die Wahl des Integrationsrates notwendig.

Zunächst ist § 2 Absatz 2 der Wahlordnung zu ändern, der die Einteilung der Wahlbezirke zur Integrationsratswahl regelt.

Nach Rücksprache mit dem Landesintegrationsrat erscheint es sinnvoll, zur Auszählung die Wahlurnen der verschiedenen Wahlbezirke zu einer zentralen Auszählung zusammenzuführen und mit einem separaten Wahlvorstand abweichend von dem mit der Wahlhandlung gebildeten Wahlvorstand auszählen zu lassen (§ 17 Wahlordnung) . Damit wird ein möglicher Rückschluss auf den Wählerwillen in einem Wahlbezirk mit einer geringen Wahlbeteiligung zur Integrationsratswahl vermieden und dadurch das Wahlgeheimnis sichergestellt. Daher wurde § 4 Nummer 4 Wahlordnung ergänzt um einen Wahlvorstand zur zentralen Auszählung der in den Stimmbezirken abgegebenen Stimmen.

Die Regelung des § 11 Wahlordnung enthält Anpassungen zum einzureichenden Wahlvorschlag.

Weiterhin ist § 17 Wahlordnung zu ändern, der die Auszählung der Wählerstimmen der Integrationsratswahl beinhaltet.

Da nach § 24 Wahlordnung auch das Kommunalwahlgesetz entsprechend anzuwenden ist, müssen auch die Fristen in § 13 Absatz 2 Wahlordnung sowie in § 15 Absätze 13 und 14 Wahlordnung angepasst werden.

Zuletzt sind kleinere redaktionelle Änderungen erfolgt.

Anlage(n):

1 Wahlordnung der Stadt Beckum für die Wahl des Integrationsrates
2 Musterwahlordnung für die Wahl der Integrationsräte

Wahlordnung der Stadt Beckum für die Wahl des Integrationsrates

Inhaltsverzeichnis

Präambel ... 2
§ 1 Wahltag und Wahlzeit ... 2
§ 2 Wahlgebiet/Wahlbezirke ... 2
§ 3 Briefwahl ... 2
§ 4 Wahlorgane ... 2
§ 5 Wahlleitung ... 2
§ 6 Wahlausschuss ... 2
§ 7 Wahlvorstand und ehrenamtliche Tätigkeit ... 3
§ 8 Wahlberechtigung ... 3
§ 9 Wahlrechtsausschluss ... 3
§ 10 Wählbarkeit ... 4
§ 11 Wahlvorschläge ... 4
§ 12 Stimmzettel ... 5
§ 13 Wählerverzeichnis ... 6
§ 14 Einsicht in das Wählerverzeichnis und Einspruch ... 6
§ 15 Wahlbenachrichtigung ... 6
§ 16 Durchführung der Wahl ... 7
§ 17 Auszählung im Wahllokal ... 7
§ 18 Auszählung der Briefwahl ... 7
§ 19 Ungültige Stimmen ... 8
§ 20 Feststellung des Wahlergebnisses und der Sitzverteilung ... 8
§ 21 Wahlprüfung ... 9
§ 22 Fristen ... 9
§ 23 Amtssprache ... 9
§ 24 Anzuwendende Vorschriften ... 9
§ 25 Inkrafttreten ... 9

Präambel

Aufgrund von § 7 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 27 Absatz 1 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum in seiner Sitzung am _____ folgende Wahlordnung beschlossen:

§ 1
Wahltag und Wahlzeit

(1) Die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates findet am Tag der Kommunalwahl statt. Andernfalls kann der Rat der Stadt Beckum beschließen, dass die Wahl während der laufenden Wahlperiode durchzuführen ist.

(2) Die Wahlzeit dauert von 08:00 bis 18:00 Uhr.

§ 2
Wahlgebiet/Wahlbezirke

(1) Das Wahlgebiet ist das Gebiet der Stadt Beckum.

(2) Die Einteilung der Wahlbezirke erfolgt unter Berücksichtigung der vom Wahlausschuss bestimmten Wahlbezirke für die Kommunalwahlen.

§ 3
Briefwahl

Für die Briefwahl wird ein Briefwahlbezirk gebildet.

§ 4
Wahlorgane

Wahlorgane sind

1. die Wahlleiterin/der Wahlleiter,
2. der Wahlausschuss,
3. für jeden Stimmbezirk der Wahlvorstand,
4. der Wahlvorstand zur zentralen Auszählung der in den Stimmbezirken abgegeben Stimmen und
5. der Briefwahlvorstand.

§ 5
Wahlleitung

Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Integrationsratswahl zuständig, soweit nicht gesetzliche Vorgaben und/oder diese Wahlordnung bestimmte Zuständigkeiten anderen Wahlorganen übertragen.

§ 6
Wahlausschuss

(1) Wahlausschuss für die Integrationsratswahl ist der Wahlausschuss des Rates.

(2) Der Wahlausschuss entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge und stellt das Ergebnis der Integrationsratswahl fest.

§ 7
Wahlvorstand und ehrenamtliche Tätigkeit

(1) Die Wahlvorstände bestehen jeweils aus der Wahlvorsteherin/dem Wahlvorsteher, der stellvertretenden Wahlvorsteherin/dem stellvertretenden Wahlvorsteher und 3 bis 6 Beisitzerinnen/Beisitzern. Aus dem Kreis der Beisitzerinnen/Beisitzer wird eine Schriftführerin/ein Schriftführer und eine stellvertretende Schriftführerin/ein stellvertretender Schriftführer bestellt.

(2) Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister beruft die Mitglieder der Wahlvorstände. Den Wahlvorständen können neben Wahlberechtigten nach § 8 dieser Wahlordnung auch Bürgerinnen und Bürger angehören.

(3) Die Wahlvorstände entscheiden mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Wahlvorsteherin/des Wahlvorstehers den Ausschlag.

(4) Die Mitglieder der Wahlvorstände üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus.

(5) Für den Briefwahlvorstand gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

§ 8
Wahlberechtigung

(1) Wahlberechtigt ist, wer

a) nicht Deutsche oder Deutscher im Sinne des Artikel 116 Absatz 1 Grundgesetz ist,

b) eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt,

c) die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten hat oder

d) die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 4 Absatz 3 Staatsangehörigkeitsgesetz erworben hat.

(2) Darüber hinaus muss die Person am Wahltag

a) 16 Jahre alt sein,

b) sich seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und

c) mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl in der Stadt Beckum ihre Hauptwohnung haben.

§ 9
Wahlrechtsausschluss

Nicht wahlberechtigt sind Ausländerinnen und Ausländer,

a) auf die das Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet nach seinem § 1 Absatz 2, Nummern 2 und 3 keine Anwendung findet oder

b) die Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind.

§ 10
Wählbarkeit

(1) Wählbar sind alle Wahlberechtigten nach § 8 dieser Wahlordnung sowie alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Beckum, die

a) am Wahltag 18 Jahre alt sind und

b) mindestens seit 3 Monaten vor der Wahl in der Stadt Beckum ihre Hauptwohnung haben.

(2) Nicht wählbar ist, wer am Wahltag infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

§ 11
Wahlvorschläge

(1) Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter fordert nach Bekanntmachung des Wahltages nach § 1 dieser Wahlordnung zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch Öffentliche Bekanntmachung auf.

(2) Für die Wahlvorschläge sind die Formblätter zu verwenden, die die Wahlleiterin/ der Wahlleiter herausgibt.

(3) Der Wahlvorschlag muss Familiennamen und Vornamen, Staatsangehörigkeiten, Geburtsdatum, Beruf oder ausgeübte Tätigkeit und die Anschrift der Hauptwohnung, E-Mail-Adresse oder Postfach der Wahlbewerberin beziehungsweise des Wahlbewerbers enthalten. Sofern Stellvertreterinnen oder Stellvertreter benannt werden, so sind diese ebenfalls mit den Angaben nach Satz 1 aufzuführen.

(4) Wahlvorschläge können von Gruppen von Wahlberechtigten oder Bürgerinnen und Bürgern (Listenwahlvorschlag) oder einzelnen Wahlberechtigten sowie Bürgerinnen und Bürgern (Einzelvorschlag) eingereicht werden. In Einzelvorschlägen benannte Personen können nicht gleichzeitig einen Listenwahlvorschlag unterstützen.

(5) Jeder Wahlvorschlag muss als „Listenvorschlag" oder als „Einzelbewerber/Einzelbewerberin" gekennzeichnet und mit einer Bezeichnung des Wahlvorschlages versehen sein. Fehlt dieses, tritt ersatzweise der Name des ersten Bewerbers an die Stelle der Wahlvorschlagsbezeichnung.

(6) In jedem Wahlvorschlag sollen eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson bezeichnet sein.

(7) Für die Wahlvorschläge können Stellvertreterinnen und Stellvertreter benannt werden. die die Bewerberin oder den Bewerber im Falle der Wahl bei Verhinderung vertreten und im Falle des Ausscheidens ersetzen können.

(8) Bei Listenwahlvorschlägen bestimmt sich die Reihenfolge der Stellvertretung in entsprechender Anwendung des § 45 Absatz 2 Kommunalwahlgesetz in der jeweils geltenden Fassung, so dass an die Stelle der verhinderten gewählten Bewerberin beziehungsweise des verhinderten gewählten Bewerbers die/der für sie/ihn auf der Liste aufgestellte Ersatzbewerberin/Ersatzbewerber tritt, falls eine solche/ein solcher nicht benannt ist beziehungsweise diese/dieser auch verhindert ist, die/der Listennächste tritt.

(9) In Wahlvorschlägen von Einzelbewerberinnen/Einzelbewerbern kann eine Stellvertreterin/ein Stellvertreter benannt werden, welche/welcher die Bewerberin/den Bewerber im Falle ihrer/seiner Wahl vertreten und im Falle ihres/seines Ausscheidens ersetzen kann.

(10) Die in den Wahlvorschlägen benannten Personen müssen eine schriftliche Zustimmung erteilten. Die Zustimmung ist unwiderruflich.

(11) Ist eine Bewerberin beziehungsweise ein Bewerber eines Listenwahlvorschlages oder Einzelvorschlages gehindert, das Amt anzunehmen, tritt an ihre beziehungsweise seine Stelle die aufgestellte Ersatzbewerberin beziehungsweise der aufgestellte Ersatzbewerber. Ist bei einem Listenvorschlag keine persönliche Ersatzbenennung erfolgt oder diese Person ebenfalls gehindert, das Amt anzunehmen, erfolgt die Benennung in der Reihenfolge der Liste.

(12) Listenwahlvorschläge müssen von der Leitung der den Wahlvorschlag einreichenden Gruppe unterzeichnet sein und den Nachweis enthalten, dass sie einen nach demokratischen Grundsätzen gewählten Vorstand besitzt sowie die Benennung und Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber nach demokratischen Grundsätzen erfolgt sind.

(13) In jedem Wahlvorschlag sollen eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson benannt werden. Bei Listenvorschlägen soll eine Kurzbezeichnung der einreichenden Gruppe angegeben werden.

(14) Wahlvorschläge können bis zum 69. Tag vor der Wahl, 18:00 Uhr, bei der Wahlleiterin/dem Wahlleiter eingereicht werden. Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter prüft die Wahlvorschläge und legt sie dem Wahlausschuss zur Entscheidung vor.

(15) Der Wahlausschuss entscheidet spätestens am 58. Tag vor der Wahl über die Zulassung der Wahlvorschläge. Für die Zurückweisung von Wahlvorschlägen gilt § 18 Absatz 3 Satz 2 Gesetz über die Kommunalwahl des Landes Nordrhein-Westfalen entsprechend.

(16) Die zugelassenen Wahlvorschläge werden von der Wahlleiterin/vom Wahlleiter mit den in Absatz 3 genannten Merkmalen, jedoch ohne Tag und Monat der Geburt und statt der vollständigen Anschrift sind der Wohnort mit Postleitzahl und die E-Mail-Adresse oder das Postfach der Bewerberinnen beziehungsweise der Bewerber bekannt gemacht.

Weist eine Bewerberin beziehungsweise ein Bewerber bis zum Ablauf der Einreichungsfrist gegenüber der Wahlleiterin/dem Wahlleiter nach, dass für sie/ihn im Melderegister ein Sperrvermerk gemäß § 51 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, ist anstelle von Wohnort und E-Mail-Adresse oder Postfach eine Erreichbarkeitsanschrift zu verwenden, die sich ebenfalls aus der Angabe einer Gemeinde mit Postleitzahl und einer E-Mail-Adresse oder eines Postfachs zusammensetzt.

§ 12
Stimmzettel

(1) Die Einzelbewerberinnen/Einzelbewerber werden mit Familiennamen und Vornamen in den Stimmzettel aufgenommen. Sofern eine Stellvertreterin/ein Stellvertreter im Wahlvorschlag benannt und zugelassen worden ist, wird diese/dieser ebenfalls mit Namen und Vorname in dem Stimmzettel aufgenommen.

(2) Die Listenwahlvorschläge werden mit der Kurzbezeichnung, wenn nicht vorhanden der Gruppenbezeichnung aufgenommen. Zusätzlich werden Familiennamen und Vornamen der ersten 5 auf der Liste genannten Bewerberinnen beziehungsweise Bewerber aufgeführt.

(3) Die Wahlvorschläge erscheinen auf dem Stimmzettel in der Reihenfolge ihres Eingangs der bei der Wahlleiterin/dem Wahlleiter. Eingangsdatum ist der Zeitpunkt der vollständig Unterlageneinreichung.

§ 13
Wählerverzeichnis

(1) Für jeden Wahlbezirk wird ein Wählerverzeichnis geführt.

(2) In das jeweilige Wählerverzeichnis werden alle Personen von Amts wegen eingetragen, bei denen am 42. Tag vor der Wahl feststeht, dass sie am Wahltag wahlberechtigt sind. Von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen sind auch die nach dem Stichtag bis zum 16. Tag vor der Wahl zugezogenen und bei der Meldebehörde gemeldeten Wahlberechtigten.

(3) Die Wahlberechtigten werden mit Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift beziehungsweise Erreichbarkeitsanschrift unter fortlaufender Nummer nach Straßen und Hausnummern alphabetisch aufgelistet.

(4) Wahlberechtigte Personen nach § 8 Absatz 1 Buchstaben c und d dieser Wahlordnung müssen ihre Aufnahme in ein Wählerverzeichnis bis zum 12. Tag vor der Wahl beantragen.

§ 14
Einsicht in das Wählerverzeichnis und Einspruch

(1) Das Wählerverzeichnis wird vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl in den Bürgerbüros während dessen Öffnungszeiten elektronisch zur Einsichtnahme bereitgehalten. Zeit und Ort der Bereithaltung und das Verfahren der Einsichtnahme werden öffentlich bekannt gemacht.

(2) Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann innerhalb der Einsichtsfrist bei der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Soweit die behaupteten Tatsachen nicht offenkundig sind, hat die Einspruchsführerin beziehungsweise der Einspruchsführer die erforderlichen Beweismittel beizubringen. Über den Einspruch entscheidet die Bürgermeisterin/der Bürgermeister. Gegen die Entscheidung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters kann binnen 3 Tagen nach Zustellung Beschwerde eingelegt werden, über die der Kreis Warendorf Der Landrat als Aufsichtsbehörde entscheidet.

§ 15
Wahlbenachrichtigung

Die in ein Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten erhalten bis zum 21. Tag vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigung.

§ 16
Durchführung der Wahl

(1) Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis des Wahlbezirks eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

(2) Jede Wählerin/Jeder Wähler hat eine Stimme.

(3) Auf Verlangen hat die Wählerin/der Wähler sich gegenüber dem Wahlvorstand über ihre/seine Person auszuweisen.

(4) Bei der Briefwahl hat die Wählerin/der Wähler der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister in einem verschlossenen Wahlbriefumschlag

a) ihren/seinen Wahlschein,

b) in einem besonderen verschlossenen Stimmzettelumschlag ihren/seinen Stimmzettel so rechtzeitig zu übersenden, dass der Wahlbrief am Wahltag bis 16:00 Uhr bei ihr/ihm eingeht.

Auf dem Wahlschein hat die Wählerin beziehungsweise der Wähler oder die Hilfsperson der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister an Eides statt zu versichern, dass der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen der Wählerin/des Wählers gekennzeichnet worden ist.

§ 17
Auszählung im Wahllokal

(1) Nach dem Ende der Wahlzeit können die Urnen verschiedener Stimmbezirke zu einer zentralen Auszählung zusammengeführt werden. Den Urnen sind das jeweilige Wählerverzeichnis, die jeweilige Niederschrift und die eingenommenen Wahlscheine beizulegen. Nach dem Ende der Wahlzeit ist ein für die Auszählung gebildeter Wahlvorstand abweichend von dem für die Wahlhandlung gebildeten Wahlvorstand für die Stimmzählung zuständig.

(2) Bei der zentralen Auszählung wird zunächst anhand der Wählerverzeichnisse und der eingenommenen Wahlscheine die Anzahl der abgegebenen Stimmen festgestellt. Diese Zahl wird mit den in den Urnen befindlichen Stimmzetteln verglichen. Danach wird die Zahl der gültigen Stimmen und der auf jeden Wahlvorschlag entfallenden Stimmen ermittelt.

(3) Über die Gültigkeit der Stimmen entscheidet der für die Auszählung gebildete Wahlvorstand.

(4) Für die Ungültigkeit von Stimmen gilt § 30 des Kommunalwahlgesetzes in der jeweils geltenden Fassung.

(5) Über die Auszählung der Stimmen ist eine Niederschrift zu fertigen.

§ 18
Auszählung der Briefwahl

(1) Der Briefabstimmungsvorstand öffnet den Wahlbrief, prüft die Gültigkeit des Wahlscheines und legt den Stimmumschlag im Fall der Gültigkeit des Wahlscheines ungeöffnet in die Wahlurne.

(2) Bei der Stimmabgabe durch Brief sind Wahlbriefe zurückzuweisen, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beiliegt,
3. dem Wahlbriefumschlag kein Stimmzettelumschlag beigefügt ist,
4. weder der Wahlbriefumschlag noch der Stimmzettelumschlag verschlossen ist,
5. der Wahlbriefumschlag mehrere Stimmzettelschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides Statt versehener Wahlscheine enthält,
6. die/der Wählende oder die Hilfsperson die vorgeschriebene Versicherung an Eides Statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hat,
7. kein amtlicher Stimmzettelumschlag benutzt worden ist,
8. ein Stimmzettelumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht.

Die Einsenderinnen/Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wählerin beziehungsweise Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

(3) Nach Ablauf der Wahlzeit stellt der Briefwahlvorstand das Ergebnis der Briefwahl fest.

(4) Die Stimme einer/eines Wahlberechtigten, die/der an der Briefwahl teilgenommen hat, wird nicht dadurch ungültig, dass sie/er vor dem oder am Wahltag stirbt oder sonst sein Wahlrecht nach § 8 dieser Wahlordnung verliert.

Vor einem Fortzug aus dem Wahlgebiet abgegebene Stimmen werden ungültig.

(6) Über die Auszählung der Stimmen ist eine Niederschrift zu fertigen.

§ 19
Ungültige Stimmen

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. den Willen der/des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
4. einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten.

§ 20
Feststellung des Wahlergebnisses und der Sitzverteilung

(1) Der Wahlausschuss stellt nach vorangegangener Vorprüfung der Wahl-niederschriften auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit durch die Wahlleiterin/den Wahlleiter unverzüglich nach der Wahl das Wahlergebnis und die Sitzverteilung nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung Sainte Laguë/Schepers fest. Sie/Er ist dabei an die Entscheidung der Wahlvorstände gebunden, jedoch berechtigt, Rechenfehler zu berichtigen. Bei gleichen zu berücksichtigenden Zahlenbruchteilen bis zu 4 Stellen nach dem Komma entscheidet das von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter zu ziehende Los.

(2) Entfallen bei der Sitzverteilung auf einen Vorschlag mehr Sitze, als Bewerberinnen/Bewerber benannt sind, bleiben diese Sitze unbesetzt.

(3) Die Wahlleiterin/Der Wahlleiter gibt die gewählten Bewerberinnen/Bewerber öffentlich bekannt, benachrichtigten die gewählten Bewerberinnen/Bewerber durch Zustellung und fordert sie schriftlich auf, die Wahl binnen einer Woche anzunehmen. Für die Annahmeerklärung, den Mandatsverlust (einschließlich Verzicht) und die Ersatzbestimmung gelten die Regelungen des Gesetzes über die Kommunalwahl für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend.

§ 21
Wahlprüfung

Für die Wahlprüfung gelten die Regelungen des Gesetzes über die Kommunalwahl des Landes Nordrhein-Westfalen entsprechend.

§ 22
Fristen

Die in dieser Wahlordnung vorgesehenen Fristen und Termine verlängern oder verändern sich nicht dadurch, dass der letzte Tag der Frist oder der Termin auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen gesetzlichen oder staatlichen Feiertag fällt. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

§ 23
Amtssprache

Die Amtssprache ist deutsch.

§ 24
Anzuwendende Vorschriften

Für die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates gelten unbeschadet dieser Wahlordnung § 2, § 5 Absatz 1, die §§ 9 bis 13, die §§ 24 bis 27, § 30, die §§ 34 bis 46, §47 Satz 1 und § 48 Kommunalwahlgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend.

§ 25
Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Mit dem gleichen Tag tritt die Wahlordnung der STADT BECKUM für die Wahl des Integrationsrates vom 7. April 2014 außer Kraft.

TOP Ö 10

Musterwahlordnung zur Wahl der Integrationsgremien[1][2]

Erstellt durch

Prof. Dr. Frank Bätge
Köln
im Februar 2025

[1] Bätge, Wahlen und Abstimmungen in NRW, Loseblatt-Kommentar, Kennziffer 73.10.
[2] *Hinweis: Sofern die Funktionsbezeichnungen in männlicher Form geführt sind, ist aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung zugleich auch die weibliche Form gemeint (§ 12 GO).*

Entwurf einer Muster-Wahlordnung

Wahlordnung für die Wahl der direkt in das Integrationsgremium zu wählenden Mitglieder

Aufgrund der §§ 7, 27 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung…hat der Rat der Stadt/Gemeinde…die folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Wahlgebiet

Das Wahlgebiet ist das Gebiet der Stadt/Gemeinde…

§ 2 Wahlorgane

Wahlorgane sind

1. der Wahlleiter,

2. der Wahlausschuss,

3. für jeden Stimmbezirk der Wahlvorstand,

4. der Wahlvorstand zur zentralen Auszählung der in den Stimmbezirken abgegebenen Stimmen und

5. der Briefwahlvorstand.

§ 3 Wahlleiter

Der Wahlleiter ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl zuständig, soweit nicht gesetzliche Vorgaben

und/oder diese Wahlordnung bestimmte Zuständigkeiten anderen Wahlorganen übertragen.

§ 4 Wahlausschuss

(1) Wahlausschuss für die Wahl der direkt in das Integrationsgremium zu wählenden Mitglieder ist der Wahlausschuss für die Gemeindewahlen.

(2) Der Wahlausschuss entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge und stellt das Gesamtergebnis der Wahl fest.

§ 5 Wahlvorstand und ehrenamtliche Tätigkeit

(1) Der Wahlvorstand besteht aus dem Wahlvorsteher, dem stellvertretenden Wahlvorsteher und drei bis sieben Beisitzern. Aus dem Kreis der Beisitzer werden ein Schriftführer und ein stellvertretender Schriftführer bestellt.

(2) Der (Ober-) Bürgermeister beruft die Mitglieder des Wahlvorstandes. Dem Wahlvorstand können neben Wahlberechtigten nach § 6 auch Bürger angehören.

(3) Der Wahlvorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Wahlvorstehers den Ausschlag.

(4) Die Mitglieder der Wahlvorstände üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus.

§ 6 Wahlberechtigung

(1) Wahlberechtigt ist, wer

a) nicht Deutscher im Sinne des Art. 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist,
b) eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt,
c) die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten hat oder

d) die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 4 Absatz 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3458), erworben hat.

(2) Darüber hinaus muss die Person am Wahltag

a) das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben,
b) sich seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und
c) mindestens seit dem sechzehnten Tag vor der Wahl in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben.

(3) Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

§ 7 Wahlrechtsausschluss

Nicht wahlberechtigt sind Ausländer
1. auf die das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1147), nach seinem § 1 Absatz 2, Nummern 2 oder 3 keine Anwendung findet oder
2. die Asylbewerber sind.

§ 8 Wählbarkeit

(1) Wählbar sind alle Wahlberechtigten nach § 6 sowie alle Bürger der Stadt/Gemeinde..., die

a) am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und
b) mindestens seit drei Monaten vor der Wahl in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben.

(2) Nicht wählbar ist, wer am Wahltag infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

§ 9 Wahltag und Wahlzeit

(1) Die Wahl der Mitglieder des Integrationsgremiums findet am Tag der Kommunalwahl statt.

(2) Die Wahlzeit dauert von 08.00 bis 18.00 Uhr.

§ 10 Wahlvorschläge

(1) Der Wahlleiter fordert nach Bekanntmachung des Wahltages zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch öffentliche Bekanntmachung auf.

(2) Wahlvorschläge können von Gruppen von Wahlberechtigten oder Bürgern (Listenwahlvorschlag) oder einzelnen Wahlberechtigten sowie Bürgern (Einzelbewerber) eingereicht werden. Jeder Wahlvorschlagsberechtigte kann nur einen Wahlvorschlag einreichen.

(3) Als Wahlbewerber kann jeder Wahlberechtigte sowie jeder Bürger der Stadt/Gemeinde benannt werden, sofern er seine Zustimmung schriftlich erteilt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.

(4) Für die Wahlvorschläge nach Listen und die Einzelbewerber können Stellvertreter benannt werden.

(5) Bei Listenwahlvorschlägen bestimmt sich die Reihenfolge der Stellvertretung in entsprechender Anwendung des § 45 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, so dass an die Stelle des verhinderten gewählten Bewerbers der für ihn auf der Liste aufgestellte Ersatzbewerber tritt, falls ein solcher nicht benannt ist bzw. dieser auch verhindert ist, der Listennächste tritt. In Wahlvorschlägen von Einzelbewerbern kann ein Stellvertreter benannt werden, welcher den

Bewerber im Falle seiner Wahl vertreten und im Falle seines Ausscheidens ersetzen kann.

(6) Jeder Listenwahlvorschlag muss von der Leitung der den Wahlvorschlag einreichenden Gruppe unterzeichnet sein und den Nachweis enthalten, dass sie einen nach demokratischen Grundsätzen gewählten Vorstand besitzt sowie die Benennung und Aufstellung der Bewerber nach demokratischen Grundsätzen erfolgt sind.

(7) Der Wahlvorschlag muss Vor- und Familiennamen, die Staatsangehörigkeit, das Geburtsdatum, den Beruf und die Anschrift der Hauptwohnung, E-Mail-Adresse oder Postfach des Wahlbewerbers enthalten. Sofern Stellvertreter benannt werden, so sind diese ebenfalls mit den Angaben nach Satz 1 aufzuführen.

(8) Jeder Wahlvorschlag muss als “Listenwahlvorschlag“ oder als “Einzelbewerbern/Einzelbewerberin“ gekennzeichnet und mit einer Bezeichnung des Wahlvorschlages versehen sein. Fehlt diese, tritt ersatzweise der Name des ersten Bewerbers an die Stelle der Wahlvorschlagsbezeichnung.

(9) In jedem Wahlvorschlag sollen eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson bezeichnet sein.

(10) Für die Wahlvorschläge sind die Formblätter zu verwenden, die der Wahlleiter bereithält.

(11) Wahlvorschläge können bis zum 69. Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr, beim Wahlleiter eingereicht werden. Der Wahlleiter prüft die Wahlvorschläge und legt sie dem Wahlausschuss zur Entscheidung vor.

(12) Der Wahlausschuss entscheidet spätestens am 58. Tage vor der Wahl über die Zulassung der Wahlvorschläge. Für die Zurückweisung von Wahlvorschlägen gilt § 18 Absatz 3 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

(13) Die zugelassenen Wahlvorschläge werden vom Wahlleiter mit den in Abs. 7 genannten Merkmalen bekannt gemacht. Statt des Geburtsdatums

ist jedoch jeweils nur das Geburtsjahr und statt der vollständigen Anschrift sind der Wohnort mit Postleitzahl und die E-Mail-Adresse oder das Postfach der Bewerber anzugeben. Weist ein Bewerber bis zum Ablauf der Einreichungsfrist gegenüber dem Wahlleiter nach, dass für ihn im Melderegister eine Auskunftssperre nach den melderechtlichen Vorschriften eingetragen ist, ist anstelle von Wohnort und E-Mail-Adresse oder Postfach eine Erreichbarkeitsanschrift zu verwenden, die sich ebenfalls aus der Angabe einer Gemeinde mit Postleitzahl und einer E-Mail-Adresse oder eines Postfachs zusammensetzt.

§ 11 Stimmzettel

(1) Die Einzelbewerber werden mit Namen und Vornamen in den Stimmzettel aufgenommen. Sofern ein Stellvertreter im Wahlvorschlag benannt und zugelassen worden ist, wird dieser ebenfalls mit Namen und Vornamen in dem Stimmzettel aufgenommen.

(2) Die Listenwahlvorschläge werden mit der Bezeichnung des Wahlvorschlages sowie mit der Kurzbezeichnung aufgenommen. Zusätzlich werden Familienname und Vorname der ersten fünf auf der Liste genannten Bewerber aufgeführt.

(3) Die Wahlvorschläge erscheinen in der Reihenfolge des Eingangs der Unterlagen, die für einen gültigen Wahlvorschlag erforderlich sind, beim Wahlleiter auf dem Stimmzettel.

§ 12 Wählerverzeichnis

(1) Für jeden Stimmbezirk wird ein Wählerverzeichnis geführt.

(2) In das Wählerverzeichnis werden alle Personen von Amts wegen eingetragen, bei denen am 42. Tag vor der Wahl feststeht, dass sie am Wahltag wahlberechtigt sind. Von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen sind auch die nach dem Stichtag bis zum sechzehnten Tag vor der Wahl zugezogenen und bei der Meldebehörde gemeldeten

Wahlberechtigten. Die Wahlberechtigten erhalten eine Wahlbenachrichtigung bis zum 21. Tag vor der Wahl.

(3) Die Wahlberechtigten sind im Wählerverzeichnis mit Familien- und Vornamen, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Anschrift aufgeführt. Das Wählerverzeichnis wird unter fortlaufender Nummer nach Straßen und Hausnummern alphabetisch angelegt.
(4) Das Wählerverzeichnis wird vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl während der allgemeinen Öffnungszeiten der Stadt-/Gemeindeverwaltung zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt. Zeit und Ort der Bereithaltung zur Einsichtnahme werden öffentlich bekannt gemacht.

(5) Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann innerhalb der Einsichtsfrist bei der Stadt-/Gemeindeverwaltung Einspruch einlegen. Über den Einspruch entscheidet der (Ober-)Bürgermeister. Gegen die Entscheidung des (Ober-)Bürgermeisters kann binnen drei Tagen nach Zustellung Beschwerde eingelegt werden, über die die Aufsichtsbehörde entscheidet.

(6) Wahlberechtigte, die nicht in dem Wählerverzeichnis eingetragen sind, können sich bis zum zwölften Tag vor der Wahl in das Wählerverzeichnis eintragen lassen. Sie haben den Nachweis über ihre Wahlberechtigung zu führen.

(7) Der (Ober-)Bürgermeister macht spätestens am vierundzwanzigsten Tag vor der Wahl öffentlich bekannt,

1. den Wahltag, Beginn und Ende der Wahlzeit sowie die Wahlräume,
2. wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden das Wählerverzeichnis eingesehen werden kann,
3. dass Wahlberechtigte, die nicht in dem Wählerverzeichnis eingetragen sind, sich bis zum zwölften Tag vor der Wahl in das Wählerverzeichnis eintragen lassen und den Nachweis über ihre Wahlberechtigung führen müssen,
4. wo, in welcher Zeit und welchen Voraussetzungen ein Wahlschein beantragt werden kann,

5. bis zu welchem Tag vor der Wahl den Wahlberechtigten, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, spätestens eine Wahlbenachrichtigung zugeht und
6. wie durch Briefwahl gewählt wird.

§ 13 Durchführung der Wahl

(1) Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis des Stimmbezirks eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

(2) Jeder Wähler hat eine Stimme.

(3) Auf Verlangen hat der Wähler sich gegenüber dem Wahlvorstand über seine Person auszuweisen.

(4) Bei der Briefwahl hat der Wähler dem (Ober)Bürgermeister in einem verschlossenen Wahlbriefumschlag

a) seinen Wahlschein,
b) in einem besonderen verschlossenen Stimmzettelumschlag seinen Stimmzettel
so rechtzeitig zu übersenden, dass der Wahlbrief am Wahltag bis 16 Uhr bei ihm eingeht.
Auf dem Wahlschein hat der Wähler dem (Ober)Bürgermeister an Eides statt zu versichern, dass der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen des Wählers gekennzeichnet worden ist.

§ 14 Stimmenzählung

(1) Nach dem Ende der Wahlzeit können die Urnen verschiedener Stimmbezirke zu einer zentralen Auszählung zusammen geführt werden. Den Urnen sind das jeweilige Wählerverzeichnis, die jeweilige Niederschrift und die eingenommenen Wahlscheine beizulegen. Nach dem Ende der Wahlzeit ist ein für die Auszählung gebildeter Wahlvorstand abweichend von dem für die Wahlhandlung gebildeten Wahlvorstand für die Stimmzählung zuständig.

(2) Bei der zentralen Auszählung wird zunächst anhand der Wählerverzeichnisse und der eingenommenen Wahlscheine die Anzahl der abgegebenen Stimmen festgestellt. Diese Zahl wird mit den in den Urnen befindlichen Stimmzetteln verglichen. Danach wird die Zahl der gültigen Stimmen und der auf jeden Wahlvorschlag entfallenden Stimmen ermittelt.
(3) Über die Gültigkeit der Stimmen entscheidet der für die Auszählung gebildete Wahlvorstand.

(4) Für die Ungültigkeit von Stimmen gilt § 30 des Kommunalwahlgesetzes in der jeweils geltenden Fassung.

(5) Über die Auszählung der Stimmen ist eine Niederschrift zu fertigen.

§ 15 Feststellung des Wahlergebnisses und der Sitzverteilung

(1) Der Wahlausschuss stellt – nach vorangegangener Vorprüfung der Wahlniederschriften auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit durch den Wahlleiter – unverzüglich nach der Wahl das Wahlergebnis und die Sitzverteilung nach dem Quotenverfahren mit prozentualem Restausgleich fest. Er ist dabei an die Entscheidung der Wahlvorstände gebunden, jedoch berechtigt, Rechenfehler zu berichtigen. Bei gleichen zu berücksichtigenden Zahlenbruchteilen bis zu vier Stellen nach dem Komma entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los.

(2) Entfallen bei der Sitzverteilung auf einen Vorschlag mehr Sitze, als Bewerber benannt sind, bleiben diese Sitze unbesetzt.

(3) Der Wahlleiter gibt die Namen der gewählten Bewerber öffentlich bekannt und benachrichtigt die gewählten Bewerber durch Zustellung über die Feststellung ihrer Wahl. Für den Mandatserwerb, den Mandatsverlust (einschließlich Verzicht) und die Ersatzbestimmung gelten die Regelungen des Kommunalwahlgesetzes NRW in der jeweiligen Fassung entsprechend.

§ 16 Wahlprüfung

Für die Wahlprüfung gelten die Regelungen des Kommunalwahlgesetzes NRW in der jeweiligen Fassung entsprechend.

§ 17 Fristen

Die in dieser Wahlordnung vorgesehenen Fristen und Termine verlängern oder verändern sich nicht dadurch, dass der letzte Tag der Frist oder der Termin auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen gesetzlichen oder staatlichen Feiertag fällt. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

§ 18 Anzuwendende Vorschriften

Für die Wahl zum Integrationsgremium gelten unbeschadet dieser Wahlordnung die §§ 2, 5 Absatz 1, §§ 9 bis 13, 24 bis 27, 30, 34 bis 46, 47 Satz 1 und § 48 des Kommunalwahlgesetzes entsprechend.

§ 19 Amtssprache

Die Amtssprache ist deutsch.

§ 20 Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt mit dem Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

TOP Ö 11

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2025/0079
öffentlich

Straßen- und Wegekonzept der Stadt Beckum entsprechend § 8a Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen in der bis zum 31.12.2023 gültigen Fassung – Fortschreibung 2025 bis 2028

Federführung:	Fachbereich Umwelt und Bauen
Beteiligungen:	Fachbereich Finanzen und Beteiligungen Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung Fachbereich Stadtentwicklung
Auskunft erteilt:	Herr Dr. Hofbauer | 02521 29-7000 | hofbauer@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
14.05.2025 Beratung

Ausschuss für Bauen, Umwelt, Klimaschutz, Energie und Vergaben
15.05.2025 Beratung

Rat der Stadt Beckum
27.05.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzeptes für die Jahre 2025 bis 2028 gemäß Anlage zur Vorlage wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Aufstellung des Straßen- und Wegekonzeptes entstehen Kosten, die der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen sind.

Die vorgesehenen Maßnahmen sind grundsätzlich in der mittelfristigen Finanzplanung der Haushalte 2025 bis 2028 vorgesehen beziehungsweise deren Aufnahme wird mit den kommenden Haushalten entschieden.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Beckum.

Erläuterungen:

Die Landesgesetzgebung hatte bisher in § 8a Absatz 1 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) geregelt, dass jede Gemeinde oder jeder Gemeindeverband ein einheitliches Straßen- und Wegekonzept zu erstellen hat, welches vorhabenbezogen zu berücksichtigen hat, wann technisch, rechtlich und wirtschaftlich sinnvoll geplante Straßenunterhaltungsmaßnahmen möglich sind und wann beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen an kommunalen Straßen erforderlich werden können.

Diese Verpflichtung ist mit dem Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalabgaben-Änderungsgesetz Nordrhein-Westfalen – KAG-ÄG NRW) vom 05.03.2024 entfallen.

Das Straßen- und Wegekonzept soll freiwillig fortgeschrieben werden. Die Veröffentlichung des Konzeptes soll für mehr Transparenz sorgen und die betroffenen Anliegerinnen und Anlieger beziehungsweise Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer frühzeitig über anstehende Baumaßnahmen informieren. Hierdurch können sich alle Anliegerinnen und Anlieger anhand des Konzeptes auf die leider immer mit einer Baumaßnahme verbundenen Einschränkungen (Erreichbarkeit der Grundstücke, befristeter Wegfall von Stellplätzen et cetera) einstellen. Auch sollen für Maßnahmen der erstmaligen Straßenherstellung (Teil C des Straßen- und Wegekonzeptes) die beitragspflichtigen Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer frühzeitig über zu zahlende Erschließungsbeiträge informiert werden.

Der Teil A des Straßen- und Wegekonzeptes beinhaltet die wesentlichen nicht beitragsfähigen Unterhaltungsmaßnahmen. Dies sind zum Beispiel die Unterhaltungsmaßnahmen durch eine Aufbringung einer dünnen Asphaltdeckschicht in Kaltbauweise (Dünnbettschicht) oder eine Sanierung der Asphaltdeckschicht im Heißeinbau (Deckensanierung). Im Haushaltsplan 2025 der Stadt Beckum steht unter dem Produktkonto 120101.524212 – Straßenunterhaltung durch Unternehmer – für diese Unterhaltungsmaßnahmen ein Ansatz von 370.000 Euro zur Verfügung.

Da im Zuge der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltes 2025 der Stadt Beckum bereits verschiedene straßenbaubeitragspflichtige Maßnahmen abgebildet sind, bildet dies die Grundlage für die Teile B und C des Straßen- und Wegekonzeptes der Stadt Beckum. Daher steht die mittelfristige Finanzplanung eines jeweiligen Haushaltes im direkten Zusammenhang mit dem Straßen- und Wegekonzept.

Der Teil B des Straßen- und Wegekonzeptes beinhaltet die derzeit vorgesehenen grundhaften Erneuerungen oder Verbesserungen an Straßen, Wegen und Plätzen gemäß § 8 und § 8a KAG, die dem Beitragserhebungsverbot und der landesgesetzlichen Erstattungsleistungen unterliegen.

Der Teil C des Straßen- und Wegekonzeptes beinhaltet die derzeit vorgesehenen erstmaligen Straßenherstellungen gemäß § 127 ff. Baugesetzbuch, die beitragspflichtig sind.

Die Maßnahmen des Straßen- und Wegekonzeptes wurden auf Grundlage der visuellen Straßenzustandserfassung der eagle eye-technologies GmbH aus dem Jahr 2024, teilweise in Verbindung mit einem geologischen Gutachten und dem beschlossenen Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Beckum, einschließlich der Kanalzustandserfassung, bewertet und priorisiert.

Anlage(n):

Straßen- und Wegekonzept der Stadt Beckum 2025 bis 2028

TOP Ö 11

Anlage zur Vorlage 2025/0079

Straßen- und Wegekonzept

der

Stadt Beckum

2025 bis 2028

Straßen- und Wegekonzept der Stadt Beckum

1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Der Landesgesetzgeber hatte bisher in § 8a Abs. 1 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) geregelt, dass jede Gemeinde oder jeder Gemeindeverband ein einheitliches Straßen- und Wegekonzept zu erstellen hat, welches vorhabenbezogen zu berücksichtigen hat, wann technisch, rechtlich und wirtschaftlich sinnvoll geplante Straßenunterhaltungsmaßnahmen möglich sind und wann beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen an kommunalen Straßen erforderlich werden können. Das Straßen- und Wegekonzept war über den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinde anzulegen und bei Bedarf, mindestens jedoch alle zwei Jahre, fortzuschreiben. Das Straßen- und Wegekonzept wurde gemäß KAG NRW von der kommunalen Vertretung beraten und beschlossen.

Diese Verpflichtung ist mit dem Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalabgaben-Änderungsgesetz Nordrhein-Westfalen – KAG-ÄG NRW) vom 05.03.2024 entfallen.

Zur Transparenz wird das Straßen- und Wegekonzept freiwillig fortgeschrieben.

Das Straßen- und Wegekonzept der Stadt Beckum wurde auf dem durch Verwaltungsvorschrift bekanntgegebenen Muster für die Erstellung des vormals verpflichtenden gemeindlichen Straßen- und Wegekonzeptes nach § 8a KAG NRW erstellt. Diese Darstellungsform von straßen- und wegebezogenen Maßnahmen wird beibehalten. Zur Vervollständigung des Straßen- und Wegekonzeptes werden nun auch unter den beitragspflichtigen Straßenausbaumaßnahmen die erstmaligen Straßenherstellungen als Erschließungsbeitragsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) aufgeführt.

2. Tabellarische Darstellung von Straßenunterhaltungs- und Straßenausbaumaßnahmen

Die in den nachstehenden Tabellen einzutragenden Angaben sind auf das nach § 8a Absatz 1 KAG vorgegebene Minimum beschränkt. Weitere Informationen zu geplanten Straßen- und Kanalbaumaßnahmen können deshalb den jeweiligen Straßen- und Kanalbauprogrammen und den für den jeweiligen Einzelfall zu beschließenden konkreten Bauprogrammen entnommen werden.

Tabellarische Darstellung von Straßenunterhaltungs- und Straßenausbaumaßnahmen

a) Geplante voraussichtliche beitragsfreie Straßenbaumaßnahmen

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Die geplanten Maßnahmen unterliegen voraussichtlich nicht der anteiligen Finanzierung durch Grundstückseigentümerinnen oder Grundstückseigentümer. Es handelt sich hierbei um laufende Instandsetzungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und ihren Teileinrichtungen oder um Maßnahmen, die aufgrund der Lage im Außenbereich oder fehlender Straßenbaulast keine rechtliche Grundlage für eine Beitragspflicht bilden. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht sind nicht enthalten. Diese werden durch die laufende Streckenkontrolle der Städtischen Betriebe Beckum erkannt und behoben (Schlaglöcher, gefährdende Schäden an Straßen und deren Ausstattung).

Lfd. Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Unterhaltungsmaßnahme*	Umsetzung im Jahr
1	Bussardstraße	Haus-Nr. 1 bis Starenweg	Dünnbettschicht	2025
2	Ringstraße	gesamte Straßenlänge	Dünnbettschicht	2025
3	Martin-Luther-Straße	Haus-Nr. 16 bis Vellerner Straße	Dünnbettschicht	2025
4	Graf-Galen-Straße	Ring bei 125-137	Dünnbettschicht	2025
5	Berliner Straße	Dresdner Straße bis Haus-Nr. 6	Dünnbettschicht	2025
6	Daimlerring	Oelder Straße bis Wanderweg	Dünnbettschicht	2025
7	Auf Sonnenschein	gesamte Straßenlänge	Dünnbettschicht	2026
8	Friedrich-Fröbel-Straße	Rektor-Wilger-Straße bis Kirch-straße	Dünnbettschicht	2026
9	Harbergstraße	Bereich Querung WLE	Dünnbettschicht	2026
10	Ostwall	Wilhelmstraße bis Linnenstraße	Dünnbettschicht	2026
11	Elsternbergweg	Teilabschnitte	Dünnbettschicht	2026
12	Hermann-Löns-Weg	Teilabschnitte	Dünnbettschicht	2027
13	Ostlandstraße	Teilabschnitte	Dünnbettschicht	2027
14	Regelkamp	Haus-Nr. 1 bis 12	Dünnbettschicht	2027
15	Im Südfelde	Goethestraße bis Turmstraße	Dünnbettschicht	2028
16	Lönkerstraße	Klarastraße bis Am Himmelreich	Dünnbettschicht	2028
17	Westfaliaweg	gesamte Straßenlänge	Dünnbettschicht	2028
18	Sunderkamp	gesamte Straßenlänge	Dünnbettschicht	2028

b) Beabsichtigte Straßenbaumaßnahmen nach KAG NRW, die der landesgesetzlichen Erstattungsleistung unterliegen

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und benennt die derzeit vorgesehenen grundhaften Erneuerungen oder Verbesserungen an Straßen, Wegen und Plätzen gemäß § 8 und § 8a KAG NRW, die dem Beitragserhebungsverbot und der landesgesetzlichen Erstattungsleistung unterliegen.

Im Zuge von Fortschreibung werden in den kommenden Jahren gegebenenfalls Maßnahmen hinzukommen.

Lfd. Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme*	Umsetzung im Jahr
1	Propsteigasse	gesamte Straßenlänge	grundhafte Erneuerung	2025
2	Im Vinkendahl	gesamte Straßenlänge	grundhafte Erneuerung	2025
3	Klarastraße	Lippborger Straße bis Lönkerstraße	grundhafte Erneuerung	2025
4	Zementstraße	Neubeckumer Straße bis Oelder Straße	grundhafte Erneuerung der Fahrbahn	2026
5	Südring	Mühlenweg bis Göttfricker Weg	grundhafte Erneuerung	2026
6	Industriestraße	Gustav-Moll-Straße bis Kaiser-Wilhelm-Straße	grundhafte Erneuerung der Fahrbahn	2026
7	Spiekersstraße	Vellerner- bis Robert-Koch-Straße	grundhafte Erneuerung der Fahrbahn	2026
8	Sonnenstraße	Windmühlenstraße bis Wendehammer	grundhafte Erneuerung der Fahrbahn	2027
9	Zementstraße	Windmühlenstraße bis Stromberger Straße	grundhafte Erneuerung der Fahrbahn	2027

c) Beabsichtigte beitragspflichtige Straßenbaumaßnahmen nach BauGB

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf den 5-jährigen Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und benennt die derzeit vorgesehenen erstmalige Straßenherstellungen nach § 127 ff. BauGB, die beitragspflichtig sind.

Im Zuge von Fortschreibung werden in den kommenden Jahren gegebenenfalls Maßnahmen hinzukommen.

Lfd. Nr.	Straßenname	Abschnitt von - bis	Konkrete Straßenausbaumaßnahme*	Umsetzung im Jahr
1	Heinrich-Gerhard-Bücker-Weg	gesamte Straßenlänge	Endausbau nach BauGB	2025
2	Am Rüenkolk	gesamte Straßenlänge	Endausbau nach BauGB	2026
3	Schüttenweg	gesamte Straßenlänge	Endausbau nach BauGB	2027
4	Vinkenberg	gesamte Straßenlänge	Endausbau nach BauGB	2028

TOP Ö 12

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2025/0103
öffentlich

Beantragung von Fördermitteln für Querungshilfen an Fußverkehrsanlagen bei Kreisverkehren im Stadtgebiet Beckum

Federführung:	Fachbereich Umwelt und Bauen
Beteiligungen:	Fachbereich Finanzen und Beteiligungen Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung
Auskunft erteilt:	Herr Dr. Hofbauer | 02521 29-7000 | hofbauer@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
14.05.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der Beantragung von Landesfördermitteln für Querungshilfen an Fußverkehrsanlagen bei den Kreisverkehren Lippborger Straße/Paterweg, Mühlenweg/Paterweg und Vellerner Straße im Stadtgebiet von Beckum in einer Gesamthöhe von 491.000 Euro wird zugestimmt.

Kosten/Folgekosten

Zur Verbesserung der Querungseinrichtungen für den Fußverkehr durch erstmalige Herstellung von Fußgängerüberwegen an dem Kreisverkehr Lippborger Straße/Paterweg sind als voraussichtliche Bau- und Planungskosten rund 216.000 Euro, für den Kreisverkehr Mühlenweg/Paterweg rund 172.000 Euro und für den Kreisverkehr Vellerner Straße in Neubeckum rund 226.000 Euro ermittelt worden. Im Falle einer Förderung werden diese Kosten mit bis zu 80 Prozent durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert. Bei einer Förderung in Höhe von 80 Prozent wäre dies ein Gesamtbetrag von rund 491.000 Euro. Der Eigenanteil der Stadt Beckum an der Herstellung der Fußgängerüberwege würde demnach rund 123.000 Euro betragen.

Finanzierung

Bei der Investitionsmaßnahme 1108 – Fußgängerüberwege Kreisverkehr Lippborger Straße/Paterweg steht unter dem Produktkonto 120101.785200 – Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen – im Haushalt 2025 ein Ansatz 230.000 Euro zur Verfügung. Eine mögliche Förderung wird ebenfalls bei der Investitionsmaßnahme 1108 – Fußgängerüberwege Kreisverkehr Lippborger Straße/Paterweg – unter dem Produktkonto 120101.681100 – Investitionszuwendungen Land – im Jahr 2025 mit 138.000 Euro veranschlagt. Voraussichtlich wird diese Förderung erst im Jahr 2026 kassenwirksam.

Bei der Investitionsmaßnahme 1109 – Fußgängerüberwege Kreisverkehr Vellerner Straße steht unter dem Produktkonto 120101.785200 – Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen – im Haushalt 2025 ein Ansatz 5.000 Euro zur Verfügung und für das Jahr 2026 eine Verpflichtungsermächtigung von 230.000 Euro.

Eine mögliche Förderung wird ebenfalls bei der Investitionsmaßnahme 1108 – Fußgängerüberwege Kreisverkehr Vellener Straße – unter dem Produktkonto 120101.681100 – Investitionszuwendungen Land – im Jahr 2025 mit 3.000 Euro veranschlagt und für das Jahr 2026 mit 138.000 Euro geplant.

Bei der Investitionsmaßnahme 1110 – Fußgängerüberwege Kreisverkehr Mühlen-/Paterweg – steht unter dem Produktkonto 120101.785200 – Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen – im Haushalt 2025 ein Ansatz 5.000 Euro zur Verfügung und für das Jahr 2026 eine Verpflichtungsermächtigung von 230.000 Euro. Eine mögliche Förderung wird ebenfalls bei der Investitionsmaßnahme 1100 – Fußgängerüberwege Kreisverkehr Mühlen-/ Paterweg – unter dem Produktkonto 120101.681100 – Investitionszuwendungen Land – für das Jahr 2026 mit 3.000 Euro und für das Jahr 2027 mit 138.000 Euro geplant.

Erläuterungen:

Das Land Nordrhein-Westfalen bietet seit dem Jahr 2014 mit der Förderrichtlinie Nahmobilität den Gemeinden, Städten und Kreisen einen nahezu vollumfänglichen Förderzugang für Maßnahmen der Nahmobilität an. Dabei werden unter dem Förderkatalog Nahmobilität (FöRi-Nah) neben Radverkehrsanlagen, Fahrradstationen, Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum inklusive Ladestationen für Elektrofahrräder, Einrichtungen von Wegweisungssystemen für Radverkehrsnetze sowie Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der Nahmobilität auch Fußverkehrsanlagen gefördert. Die darunterfallenden Kategorisierungen in Gehwege, Querungshilfe, barrierefreie und fußgerechte Kreuzungsgestaltung sowie Sicherheitsmaßnahmen sind unter der Rechtgrundlage der FöRi-Nah Nummer 2.2/2.3 aufgeführt. Die Grundvoraussetzungen für einen möglichen Förderzugang sind eine bauliche Verbesserung (fußverkehrsgerecht und barrierefrei) sowie Sicherung der Querungseinrichtungen und der damit verbundenen gesamten Verkehrssicherheit aller am Verkehr teilnehmenden Personen.

Der Kreisverkehr Vellerner Straße liegt im östlichen Bereich von Neubeckum und dient als Knotenpunkt zwischen den Sportanlagen und Freibädern am Harberg, dem Neubaugebiet im Bebauungsplan Nr. N67 „Vellerner Straße“ samt Kindertagesstätte, dem Kopernikus-Gymnasium Neubeckum und zweier Supermärkte.

Der Kreisverkehr Lippborger Straße/Paterweg liegt im südöstlichen Bereich von Beckum in unmittelbarer Nähe der Grundschule an den Kastanien, dem Internat der Freckenhorster Werkstätten und diverser karitativer Einrichtungen.

Der Kreisverkehr Mühlenweg/Paterweg liegt im südwestlichen Bereich von Beckum in Nähe der Grundschule an den Kastanien, dem Internat der Freckenhorster Werkstätten, dem Albertus-Magnus-Gymnasium, dem städtischen Freibad und diverser karitativer Einrichtungen.

Die Beantragung der Fördermittel und der damit verbundenen möglichen Umsetzung der Maßnahmen haben das Ziel, die Mobilität und Eigenständigkeit vor allem der jüngeren Generation zu fördern, deren übergeordneten Schutz im Straßenverkehr zu gewährleisten und unterschiedliche innerstädtische Ortsbereiche (Schulen, Kindertageseinrichtungen, Supermärkte sowie Sport- und Freizeitanlagen) des Zusammenlebens zu verbinden.

Zusammenfassend schlägt die Verwaltung vor, Landesfördermittel für Querungshilfen an Fußverkehrsanlagen zu beantragen. Die Anmeldung von Fördervorhaben mittels

Finanzierungsantrag hat bis zum 31.05. des dem vorgesehenen Maßnahmenbeginns vorausgehenden Jahres zu erfolgen.

Für den Kreisverkehr Lippborger Straße/Paterweg soll zusätzlich ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn gestellt werden, um förderunschädlich mit der Ausschreibung beginnen zu können und parallel mit der Straßenbaumaßnahme Erneuerung Klarastraße zwischen Lippborger Straße und Lönkerstraße – unter der Investitionsmaßnahme 1106 im Haushalt des Jahres 2025 veranschlagt – auszuführen.

Anlage(n):

1 Lageplan Lippborger Straße/Paterweg/Klarastraße
2 Lageplan Mühlenweg/Konrad-Adenauer-Ring/Paterweg
3 Lageplan Vellerner Straße/Schlehenstraße/Breslauer Straße

Koordinatensystem: UTM ETRS 89 | Höhensystem: DHHN2016-NHN

Legende:

Oberflächenbefestigung:
- Asphaltbeton
- Asphaltbeton farbig
- Asphaltbeton Fräsfläche/Angleichungen
- Betonsteinpflaster grau
- Betonsteinpflaster rot
- Betonsteinpflaster Parken
- Betonsteinpflaster Zufahrt
- Taktile Elemente siehe auch Detailplan Rippenplatten/Noppenplatten/Begleitstreifen, Pflaster anthrazit
- Pflaster Angleichungen
- Grünbeet

Randeinfassungen:
- Hochbord 15/30 mit Übergangs- und Absenkstein
- Rundbord 15/19, r = 2 cm u. 15/22, r = 5 cm mit Ü
- Busbord 15/30, a=16 bzw. 18 cm und Übergangsstein
- Sonderbord, Zwischenabsenker, Mittelbordstein
- Flachbord F7 bis F15
- Tiefbord B/25 bis 10/30
- Rinnen 1, 2 bzw. 3 Reihen 24/16/14, grau

Topographie:
- Kanaldeckel rund/eckig
- Ablauf vorh./gepl./entfällt
- Regenfallrohr
- Wasserschieber/Hydrant/Gasschieber
- Versorgungsschrank/Versorgungsschacht
- Leuchte vorh./gepl./umsetzen/entfällt
- Baum vorh./gepl./entfällt
- vorhandene Höhen/Oberflächenbefestigung

Ver- und Entsorgungsleitungen
- RW-Kanal vorh./gepl.
- SW-Kanal vorh./gepl.
- MW-Kanal vorh./gepl.

Markierung und Beschilderung:
- Schild vorh./entf./gepl.
- Schild vorh./entf./gepl.
- Fahrbahnmarkierung vorh./entf./gepl.

Anlage 1 zur Vorlage 2025/0103

Entwurfsplanung

PRUSS u. PARTNER
Mitglied Ing.-Kammer Bau NW

INGENIEURBÜRO PRUSS u. Partner GbR
Vermessung
Wasserwirtschaft
Verkehrswesen
Umweltplanung
Erwitter Str. 34
59557 Lippstadt
Tel.: 02941/27289-0 Fax.: -29
E-Mail: Info@Pruss-Partner.de

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Entwurfsplanung

Barrierefreier Umbau von Kreisverkehrsplätzen in Beckum

Straße	Abschnitt	von Netzknoten	nach Netzknoten
-	-	NK 4214032	NK 4214032

(Nächster Ort) : Beckum

Bau - km _____ Betr. - km _____

Lageplan Lippborger Straße/Paterweg/Klarastraße		Datum	Zeichen
	bearbeitet	23.04.2025	ba
	gezeichnet	23.04.2025	ba
	geprüft	-	-
Aufgestellt: Lippstadt, im April 2025	Ojekt-Nr.: -		
	Maßstab: 1:250		
	Blatt: 2		
-			

Blattgröße: 0.765 x 0.450 = 0.344 m2

Koordinatensystem: UTM ETRS 89 | Höhensystem: DHHN2016-NHN

Legende:

Oberflächenbefestigung:
- Asphaltbeton
- Asphaltbeton farbig
- Asphaltbeton Fräsfläche/Angleichungen
- Betonsteinpflaster grau
- Betonsteinpflaster rot
- Betonsteinpflaster Parken
- Betonsteinpflaster Zufahrt
- Taktile Elemente siehe auch Detailplan (Noppenplatten/Noppenplatten/Begleitstreifen, Pflaster anthrazit)
- Pflaster Angleichungen
- Grünbeet

Randeinfassungen:
- Hochbord 15/30 mit Übergangs- und Absenkstein
- Rundbord 15/19, r = 2 cm u. 15/22, r = 5 cm mit Ü
- Busbord 15/30, a=16 bzw. 18 cm und Übergangsstein
- Sonderbord, Zwischenabsenker, Mittelbordstein
- Flachbord F7 bis F15
- Tiefbord B/25 bis 10/30
- Rinnen 1, 2 bzw. 3 Reihen 24/16/14, grau

Topographie:
- Kanaldeckel rund/eckig
- Ablauf vorh./gepl./entfällt
- Regenfallrohr
- Wasserschieber/Hydrant/Gasschieber
- Versorgungsschrank/Versorgungsschacht
- Leuchte vorh./gepl./umsetzen/entfällt
- Baum vorh./gepl./entfällt
- vorhandene Höhen/Oberflächenbefestigung

Ver- und Entsorgungsleitungen:
- RW-Kanal vorh./gepl.
- SW-Kanal vorh./gepl.
- MW-Kanal vorh./gepl.

Markierung und Beschilderung:
- Schild vorh./entf./gepl.
- Schild vorh./entf./gepl.
- Fahrbahnmarkierung vorh./entf./gepl.

Anlage 2 zur Vorlage 2025/0103

Entwurfsplanung

PRUSS u. PARTNER
Mitglied Ing.-Kammer Bau NW

INGENIEURBÜRO PRUSS u. Partner GbR
Vermessung
Wasserwirtschaft
Verkehrswesen
Umweltplanung
Erwitter Str. 34
59557 Lippstadt
Tel.: 02941/27289-0 Fax.: -29
E-Mail: Info@Pruss-Partner.de

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Entwurfsplanung

Barrierefreier Umbau von Kreisverkehrsplätzen in Beckum

Straße	Abschnitt	von Netzknoten	nach Netzknoten
-	-	NK 4214037	NK 4214037

(Nächster Ort) : Beckum

Bau - km | Betr. - km

Lageplan
Mühlenweg/Konrad-Adenauer-Ring
Paterweg

	Datum	Zeichen
bearbeitet	23.04.2025	ba
gezeichnet	23.04.2025	ba
geprüft	-	-

Aufgestellt:
Lippstadt, im April 2025

Ojekt-Nr.: -
Maßstab: 1:250
Blatt: 3

-

Blattgröße: 0.850 x 0.500 = 0.425 m2

Koordinatensystem: UTM ETRS 89 | Höhensystem: DHHN2016-NHN

Legende:

Oberflächenbefestigung:
- Asphaltbeton
- Asphaltbeton farbig
- Asphaltbeton Fräsfläche/Angleichungen
- Betonsteinpflaster grau
- Betonsteinpflaster rot
- Betonsteinpflaster Parken
- Betonsteinpflaster Zufahrt
- Takhile Elemente siehe auch Detailplan Rippenplatten/Noppenplatten/Begleitstreifen, Pflaster anthrazit
- Pflaster Angleichungen
- Grünbeet

Randeinfassungen:
- Hochbord 15/30 mit Übergangs- und Absenkstein
- Rundbord 15/19, r = 2 cm u. 15/22, r = 5 cm mit Ü
- Busbord 15/30, a=16 bzw. 18 cm und Übergangsstein
- Sonderbord, Zwischenabsenker, Mittelbordstein
- Flachbord F7 bis F15
- Tiefbord 8/25 bis 10/30
- Rinnen 1, 2 bzw. 3 Reihen 24/16/14, grau

Topographie:
- Kanaldeckel rund/eckig
- Ablauf vorh./gepl./entfällt
- Regenfallrohr
- Wasserschieber/Hydrant/Gasschieber
- Versorgungsschrank/Versorgungsschacht
- Leuchte vorh./gepl./umsetzen/entfällt
- Baum vorh./gepl./entfällt
- vorhandene Höhen/Oberflächenbefestigung

Ver- und Entsorgungsleitungen
- RW-Kanal vorh./gepl.
- SW-Kanal vorh./gepl.
- MW-Kanal vorh./gepl.

Markierung und Beschilderung:
- Schild vorh./entf./gepl.
- Schild vorh./entf./gepl.
- Fahrbahnmarkierung vorh./entf./gepl.

Anlage 3 zur Vorlage 2025/0103

Entwurfsplanung

PRUSS u. PARTNER
Mitglied Ing.-Kammer Bau NW

INGENIEURBÜRO PRUSS u. Partner GbR
Vermessung
Wasserwirtschaft
Verkehrswesen
Umweltplanung
Erwitter Str. 34
59557 Lippstadt
Tel.: 02941/27289-0 Fax.: -29
E-Mail: Info@Pruss-Partner.de

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Entwurfsplanung

Barrierefreier Umbau von Kreisverkehrsplätzen in Beckum

Straße	Abschnitt	von Netzknoten	nach Netzknoten
-	-	NK 4114054	NK 4114054

(Nächster Ort) : Neubeckum

Bau - km _____ Betr. - km _____

Lageplan
Vellerner Straße/Schlehenstraße/ Breslauer Straße

	Datum	Zeichen
bearbeitet	23.04.2025	ba
gezeichnet	23.04.2025	ba
geprüft	-	-

Aufgestellt:
Lippstadt, im April 2025

Ojekt-Nr.: -

Maßstab: 1:250

Blatt: 1

-

Blattgröße: 0.765 x 0.500 = 0.383 m2

TOP Ö 13

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2025/0124
öffentlich

Beantragung von Fördermitteln für den Bau von Fußgängerüberwegen am Hansaring, am Südring und am Kreisverkehr Südring/Mühlenweg

Federführung: Fachbereich Umwelt und Bauen

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung
Fachbereich Stadtentwicklung

Auskunft erteilt: Herr Dr. Hofbauer | 02521 29-7000 | hofbauer@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
14.05.2025 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der Beantragung von Fördermitteln in Höhe von 992.600,00 Euro für den Bau von Fußgängerüberwegen am Hansaring, am Südring und am Kreisverkehr Südring/Mühlenweg wird zugestimmt.

Kosten/Folgekosten

Für den Bau von insgesamt 8 Fußgängerüberwegen sind bei einer Kostenschätzung folgende voraussichtliche Bau- und Planungskosten ermittelt worden:

- 1 Fußgängerüberweg am Hansaring – Stauverweg/Zur Goldbrede ... 186.000,00 Euro
- 1 Fußgängerüberweg am Hansaring – Everkeweg ..... 240.000,00 Euro
- 1 Fußgängerüberweg am Hansaring – Oberer Dalmerweg ..... 227.000,00 Euro
- *(Zwischensumme für 3* Fußgängerüberwege *am Hansaring ..... 653.000,00 Euro)*
- 1 Fußgängerüberweg am Südring – Rüenkolk ..... 153.750,00 Euro
- 4 Fußgängerüberwege am Kreisverkehr Südring/Mühlenweg ..... 434.000,00 Euro
- Gesamtkosten für alle 8 Fußgängerüberwege ..... 1.240.750,00 Euro

Im Falle einer Förderung werden diese Kosten mit bis zu 80 Prozent durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert. Dies wäre ein Betrag von rund 992.600,00 Euro. Der Eigenanteil der Stadt Beckum an dem Ausbau würde demnach rund 248.150,00 Euro betragen.

Finanzierung

Bei der Investitionsmaßnahme 1118 – Bau von 2 Querungshilfen am Hansaring und Rückbau von Einbuchtungen – steht unter dem Produktkonto 120101.785200 – Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen – im Haushalt unter der Berücksichtigung des Ansatzes von 479.000,00 Euro und der bereits 64.357,36 Euro zahlungswirksam geworden Mittel aktuell insgesamt 414.642,64 Euro zur Verfügung.

Eine mögliche Förderung wird ebenfalls bei der Investitionsmaßnahme 1118 – Bau von 2 Querungshilfen am Hansaring und Rückbau von Einbuchtungen – unter dem Produktkonto 120101.681100 – Investitionszuwendungen vom Land – im aktuellen Haushalt für das Jahr 2025 mit einem Ansatz von 303.600,00 Euro vereinnahmt.

Bei der Investitionsmaßnahme 1098 – Erneuerung Südring von Mühlenweg bis Göttfrickerweg – stehen unter dem Produktkonto 120101.785200 – Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen – im Haushalt unter der Berücksichtigung einer Ermächtigungsübertragung aus dem Jahr 2024 von 70.000,00 Euro, des Ansatz von 140.000,00 Euro für das Jahr 2025 und des Ansatzes von 1.175.000,00 Euro für das Jahr 2026 (Verpflichtungsermächtigung) aktuell insgesamt 1.385.000,00 Euro zur Verfügung.

Eine mögliche Förderung wird ebenfalls bei der Investitionsmaßnahme 1098 – Erneuerung Südring von Mühlenweg bis Göttfrickerweg – unter dem Produktkonto 120101.681100 – Investitionszuwendungen vom Land – im aktuellen Haushalt für das Jahr 2026 mit einem Ansatz von 738.600,00 Euro vereinnahmt.

Bei der Investitionsmaßnahme 1115 – Kreisverkehr Südring/Mühlenweg – stehen unter dem Produktkonto 120101.785200 – Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen – im Haushalt unter der Berücksichtigung des Ansatzes von 60.000,00 Euro für das Jahr 2025 und des Ansatzes von 350.000,00 Euro für das Jahr 2026 (Verpflichtungsermächtigung) aktuell insgesamt 410.000,00 Euro zur Verfügung.

Eine mögliche Förderung wird ebenfalls bei der Investitionsmaßnahme 1115 – Kreisverkehr Südring/Mühlenweg – unter dem Produktkonto 120101.681100 – Investitionszuwendungen vom Land – im aktuellen Haushalt für das Jahr 2026 mit einem Ansatz von 369.000,00 Euro vereinnahmt.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Kostenschätzung und der gewährten Förderung sind die Ansätze für das Jahr 2026 fortzuschreiben. Zunächst kann im Jahr 2025 bei Bedarf der Deckungskreis des Fachdienstes Tiefbau in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen:

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 01.10.2024 wurde der einstimmige Beschluss über die vorgestellte Entwurfsplanung der Verkehrsplanung für die Abschnitte Hansaring, Südring und Kreisverkehr Südring/Mühlenweg in der Stadt Beckum gefasst (siehe Vorlage 2024/0264 und Niederschrift zur Sitzung).

Ergänzend wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.11.2024 der einstimmige Beschluss über die Aufnahme des zusätzlichen Fußgängerüberwegs am Hansaring in die zuvor genannte beschlossene Entwurfsplanung gefasst (siehe Vorlage 2024/0348 und Niederschrift zur Sitzung).

Folgende zeitliche Bauausführung ist geplant:

- Bau von 3 Fußgängerüberwegen am Hansaring im Jahr 2025 zusammen mit dem Rückbau der Einbuchtungen am Hansaring.
- Bau eines Fußgängerüberwegs am Südring im Jahr 2026 zusammen mit der Fahrbahnherstellung des Südrings.
- Bau von 4 Fußgängerüberwegen am Kreisverkehr Südring/Mühlenweg im Jahr 2026.

Das Land Nordrhein-Westfalen bietet seit dem Jahr 2014 mit der Förderrichtlinie Nahmobilität den Gemeinden, Städten und Kreisen einen nahezu vollumfänglichen Förderzugang für Maßnahmen der Nahmobilität an.

Dabei werden unter dem Förderkatalog Nahmobilität (FöRi-Nah) neben Radverkehrsanlagen, Fahrradstationen, Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum inklusive Ladestationen für Elektrofahrräder, Einrichtungen von Wegweisungssystemen für Radverkehrsnetze sowie Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der Nahmobilität auch Fußverkehrsanlagen gefördert. Die darunterfallenden Kategorisierungen in Gehwege, Querungshilfe, barrierefreie und fußgerechte Kreuzungsgestaltung sowie Sicherheitsmaßnahmen sind unter der Rechtgrundlage der FöRi-Nah Nummer 2.2/2.3 aufgeführt. Die Grundvoraussetzungen für einen möglichen Förderzugang sind eine bauliche Verbesserung (fußverkehrsgerecht und barrierefrei) sowie Sicherung der Querungseinrichtungen mit Fußgängerüberwegen und der damit verbundenen gesamten Verkehrssicherheit aller am Verkehr teilnehmenden Personen.

Die Beantragung der Fördermittel und der damit verbundenen möglichen Umsetzung der Maßnahmen haben das Ziel, die Mobilität und Eigenständigkeit vor allem der jüngeren Generation zu fördern, deren übergeordneten Schutz im Straßenverkehr zu gewährleisten und unterschiedliche innerstädtische Ortsbereiche (Schulen, Kindertageseinrichtungen, Supermärkte und Sport- und Freizeitanlagen) des Zusammenlebens zu verbinden.

Zusammenfassend schlägt die Verwaltung vor, Landesfördermittel für Querungshilfen im Zuge des Baus von Fußgängerüberwegen als Fußverkehrsanlagen zu beantragen. Die Anmeldung des Fördervorhabens ist bis zum 31.05.2025, dem Tag der diesjährigen Antragsfrist, geplant.

Anlage(n):

1 Übersichtsplan
2 1 Fußgängerüberweg am Hansaring – Stauverweg/Zur Goldbrede
3 1 Fußgängerüberweg am Hansaring – Everkeweg
4 1 Fußgängerüberweg am Hansaring – Oberer Dalmerweg
5 1 Fußgängerüberweg am Südring – Rüenkolk
6 4 Fußgängerüberwege am Kreisverkehr Südring/Mühlenweg

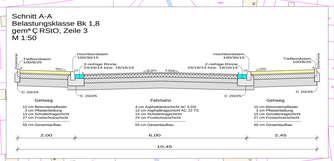
TOP Ö 13

Anlage 1 zur Vorlage 2025/0124

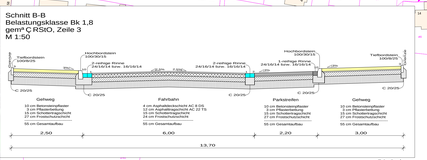
Legende:

- vorh. Gebäude
- vorh. Gewässer
- gepl. Radweg
- gepl. Radhalt
- gepl. Bäume/Büschen (73 neue und 70 vorhandene entfallen)
- gepl. Gehweg
- gepl. Pflasterfahrbahn
- gepl. Rückfahrt
- gepl. Grünfläche
- gepl. Bordstein
- gepl. Rinne
- gepl. Tiefbord
- Entfall
- vorh. Einlauf
- vorh. Poller
- vorh. Leuchte
- vorh. Baum
- vorh. Zufahrt
- vorh. Kanaldeckel
- vorh. Schild
- vorh. Warnschild
- vorh. Hydrant
- vorh. Gasschieber
- vorh. Wasserkappe

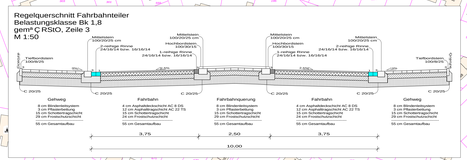
Schnitt A-A
Belastungsklasse Bk 1,8
gem^{a} ÇRStO, Zeile 3
M 1:50



Schnitt B-B
Belastungsklasse Bk 1,8
gem^{a} ÇRStO, Zeile 3
M 1:50



Regelquerschnitt Fahrbahnteiler
Belastungsklasse Bk 1,8
gem^{a} ÇRStO, Zeile 3
M 1:50



Index:	Änderungen:	Datum:	Ges:

PLANUNG UND ABWICKLUNG VON VERKEHRSANLAGEN UND INGENIEURBAUWERKEN

Dieter 49
48324 Sendenhorst

Tel. 02526 / 1026
Fax 02526 / 1026-5

info@gnegel.net
www.gnegel.net

GNEGEL GmbH

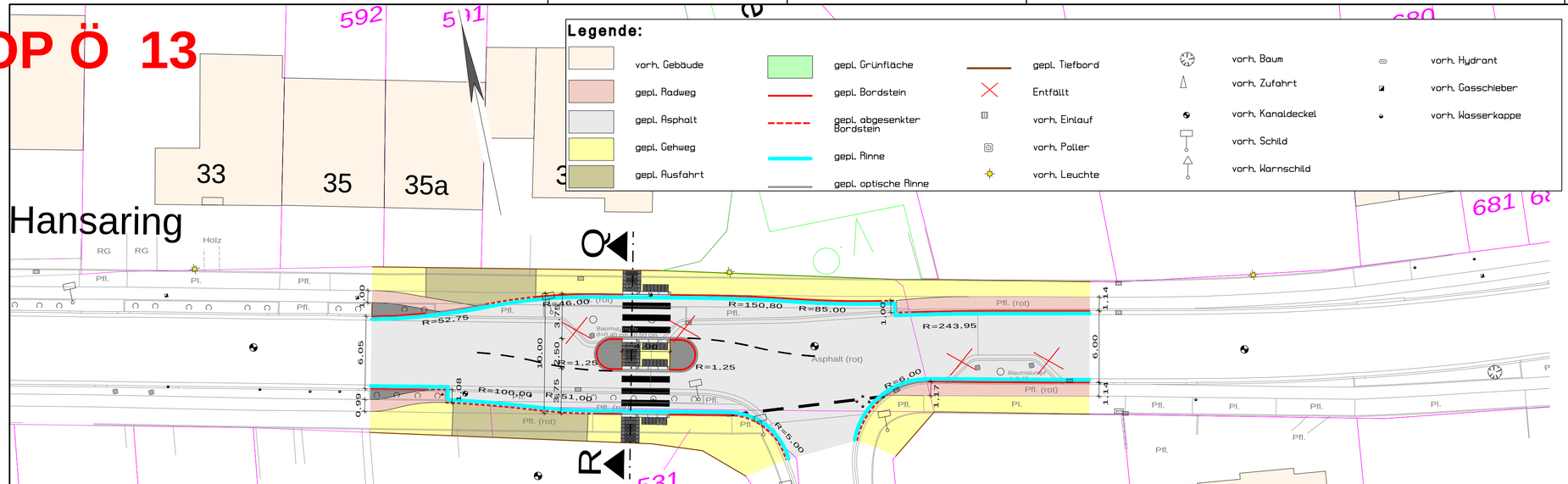
Stadt Beckum
Der Bürgermeister

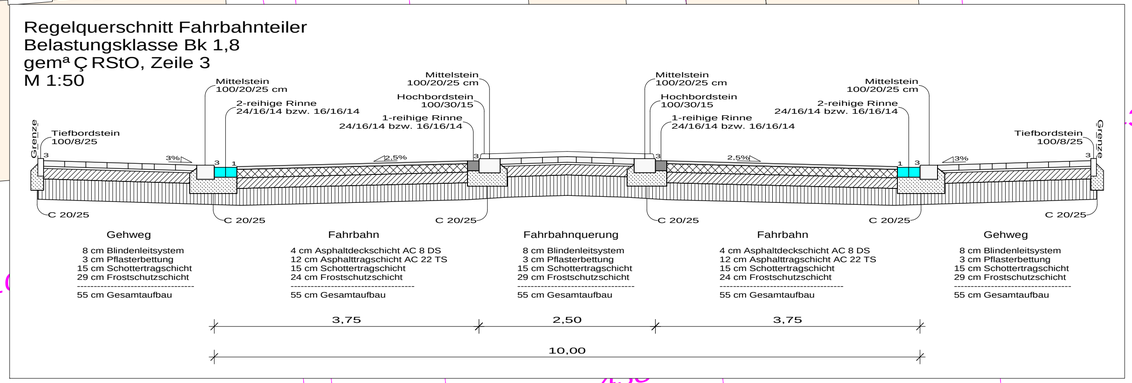
Projekt:	Erneuerung der Straßen Hansaring und Südring in Beckum		
Planbezeichnung:	Straßenausführung Übersicht Südring und Hansaring Blatt 1		Planblatt-Nr.:
Maßstab:	1 : 1000	Projektnummer:	25005
Datum:	28.02.2025	Bearbeitung:	P. Pfeifer
Auftraggeber:		Aufgestellt: 2025	Genehmigt: 2025

GRUNDKARTE (ATKIS) DTK 1000 Quelle: TIM-ON Geodaten, Münster

TOP Ö 13

Anlage 2 zur Vorlage 2025/0124





Index:	nderungen:	Datum:	Gez:

PLANUNG UND ABWICKLUNG VON VERKEHRSANLAGEN UND INGENIEURBAUWERKEN

Osttor 43
48324 Sendenhorst

Tel. 02526 / 1026
Fax 02526 / 1025-5

info@gnegel.net
www.gnegel.net

GNEGEL GMBH

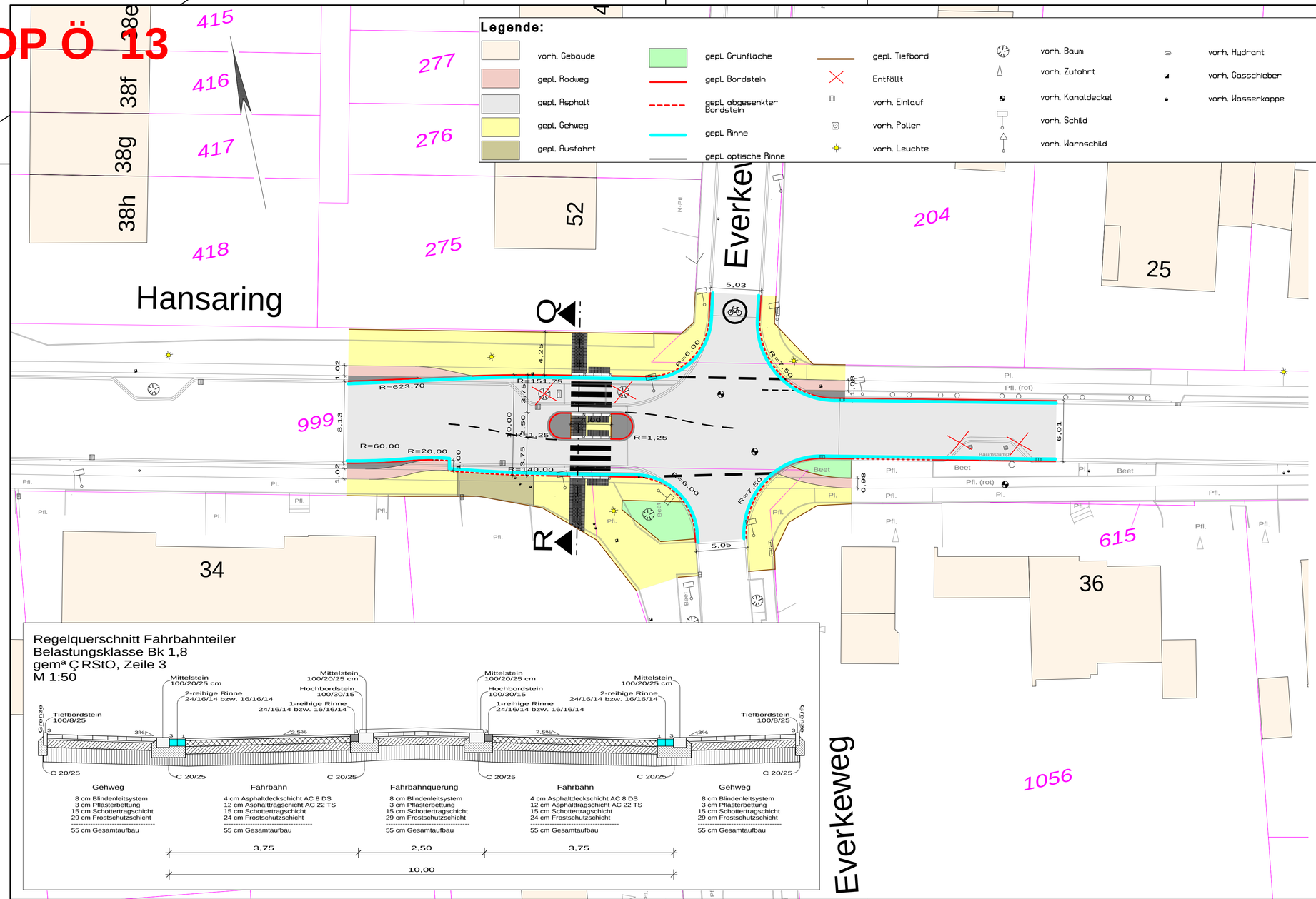
Stadt Beckum
Der Bürgermeister

Projekt:	Erneuerung der Straßen Hansaring und Südring in Beckum		
Planbezeichnung:	Lageplan Straßenausführung Hansaring Blatt 3		Plotbox: Blatt 3
Maßstab:	1 : 250	Projektnummer:	25005
Datum:	28.02.2025	Bearbeitung:	P. Pfeifer
Auftraggeber 2025		Aufgestellt Sendenhorst, ... 2025	

L:\2025\25005\03 GVP\25005 aktueller Plan\GVP, Druckdatum: 28.02.2025

TOP Ö 13

Anlage 3 zur Vorlage 2025/0124



Index:	*nderungen:*	*Datum:*	*Gez:*

PLANUNG UND ABWICKLUNG VON VERKEHRSANLAGEN UND INGENIEURBAUWERKEN

Osttor 43
48324 Sendenhorst

Tel. 02526 / 1026
Fax 02526 / 1025-5

info@gnegel.net
www.gnegel.net

GNEGEL GMBH

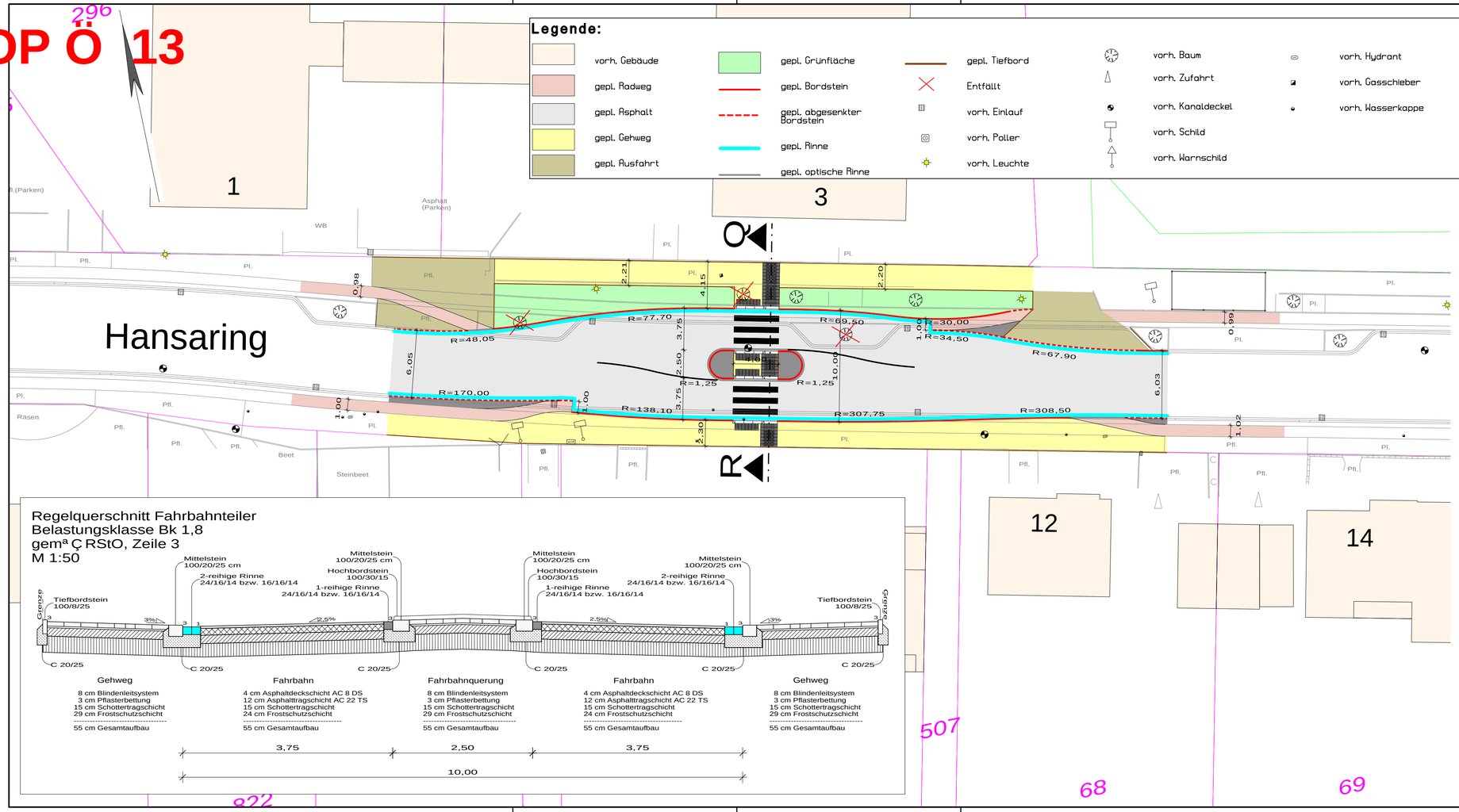
Stadt Beckum

Der Bürgermeister

Projekt:	*Erneuerung der Straßen Hansaring und Südring in Beckum*		
Planbezeichnung:	*Lageplan Straßenausführung Hansaring Blatt 5* Plotbox: Blatt 5		
Maßstab:	*1 : 250*	Projektnummer:	*25005*
Datum:	*28.02.2025*	Bearbeitung:	*P. Pfeifer*
Auftraggeber		Aufgestellt	
	 2025	*Sendenhorst,* 2025	

TOP Ö 13

Anlage 4 zur Vorlage 2025/0124



Index:	nderungen:	Datum:	Gez:

PLANUNG UND ABWICKLUNG VON VERKEHRSANLAGEN UND INGENIEURBAUWERKEN

Osttor 43
48324 Sendenhorst

Tel. 02526 / 1026
Fax 02526 / 1025-5

info@gnegel.net
www.gnegel.net

GNEGEL GMBH

Stadt Beckum
Der Bürgermeister

Projekt:	Erneuerung der Straßen Hansaring und Südring in Beckum		
Planbezeichnung:	Lageplan Straßenausführung Hansaring Blatt 6		Plotbox: Blatt 6
Maßstab:	1 : 250	Projektnummer:	25005
Datum:	28.02.2025	Bearbeitung:	P. Pfeifer
Auftraggeber	 2025	Aufgestellt	Sendenhorst, ... 2025

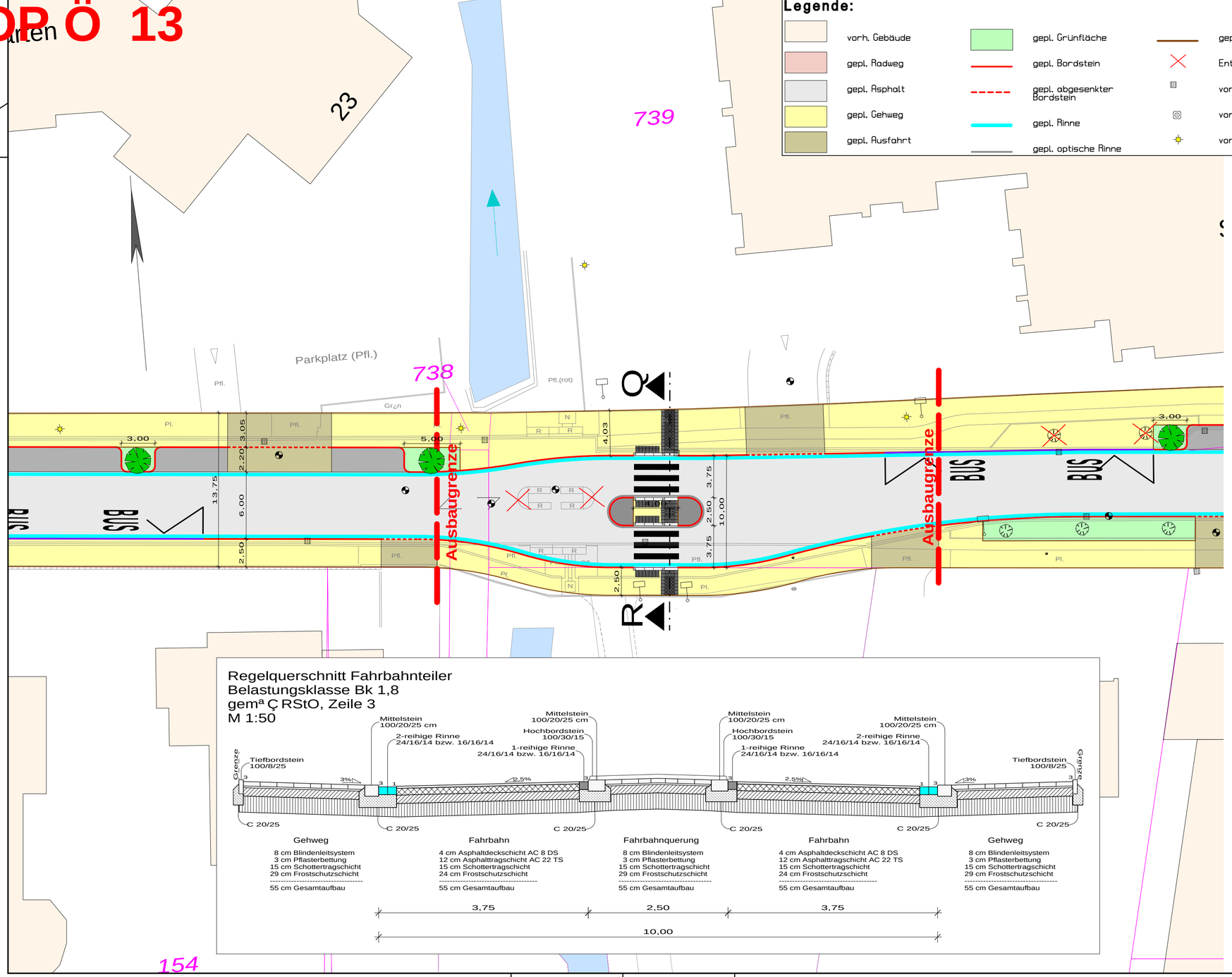
L:\2025\25005\03 Gvf\25005 aktueller Plan Gvf\ Druckdatum: 28.02.2025

TOP Ö 13

Anlage 5 zur Vorlage 2025/0124

Legende:

vorh. Gebäude	gepl. Grünfläche	gepl. Tiefbord	vorh. Baum	vorh. Hydrant
gepl. Radweg	gepl. Bordstein	Entfällt	vorh. Zufahrt	vorh. Gasschieber
gepl. Asphalt	gepl. abgesenkter Bordstein	vorh. Einlauf	vorh. Kanaldeckel	vorh. Wasserkappe
gepl. Gehweg	gepl. Rinne	vorh. Poller	vorh. Schild	
gepl. Ausfahrt	gepl. optische Rinne	vorh. Leuchte	vorh. Warnschild	



Regelquerschnitt Fahrbahnteiler
Belastungsklasse Bk 1,8
gemäß RStO, Zeile 3
M 1:50

Gehweg	Fahrbahn	Fahrbahnquerung	Fahrbahn	Gehweg
8 cm Blindenleitsystem	4 cm Asphaltdeckschicht AC 8 DS	8 cm Blindenleitsystem	4 cm Asphaltdeckschicht AC 8 DS	8 cm Blindenleitsystem
3 cm Pflasterbettung	12 cm Asphalttragschicht AC 22 TS	3 cm Pflasterbettung	12 cm Asphalttragschicht AC 22 TS	3 cm Pflasterbettung
15 cm Schottertragschicht	15 cm Schottertragschicht	15 cm Schottertragschicht	15 cm Schottertragschicht	15 cm Schottertragschicht
29 cm Frostschutzschicht	24 cm Frostschutzschicht	29 cm Frostschutzschicht	24 cm Frostschutzschicht	29 cm Frostschutzschicht
55 cm Gesamtaufbau	55 cm Gesamtaufbau	55 cm Gesamtaufbau	55 cm Gesamtaufbau	55 cm Gesamtaufbau

3,75 | 2,50 | 3,75

10,00

Index:	nderungen:	Datum:	Gez:

PLANUNG UND ABWICKLUNG VON VERKEHRSANLAGEN UND INGENIEURBAUWERKEN

Osttor 43
48324 Sendenhorst

Tel. 02526 / 1026
Fax 02526 / 1025-5

info@gnegel.net
www.gnegel.net

GNEGEL GMBH

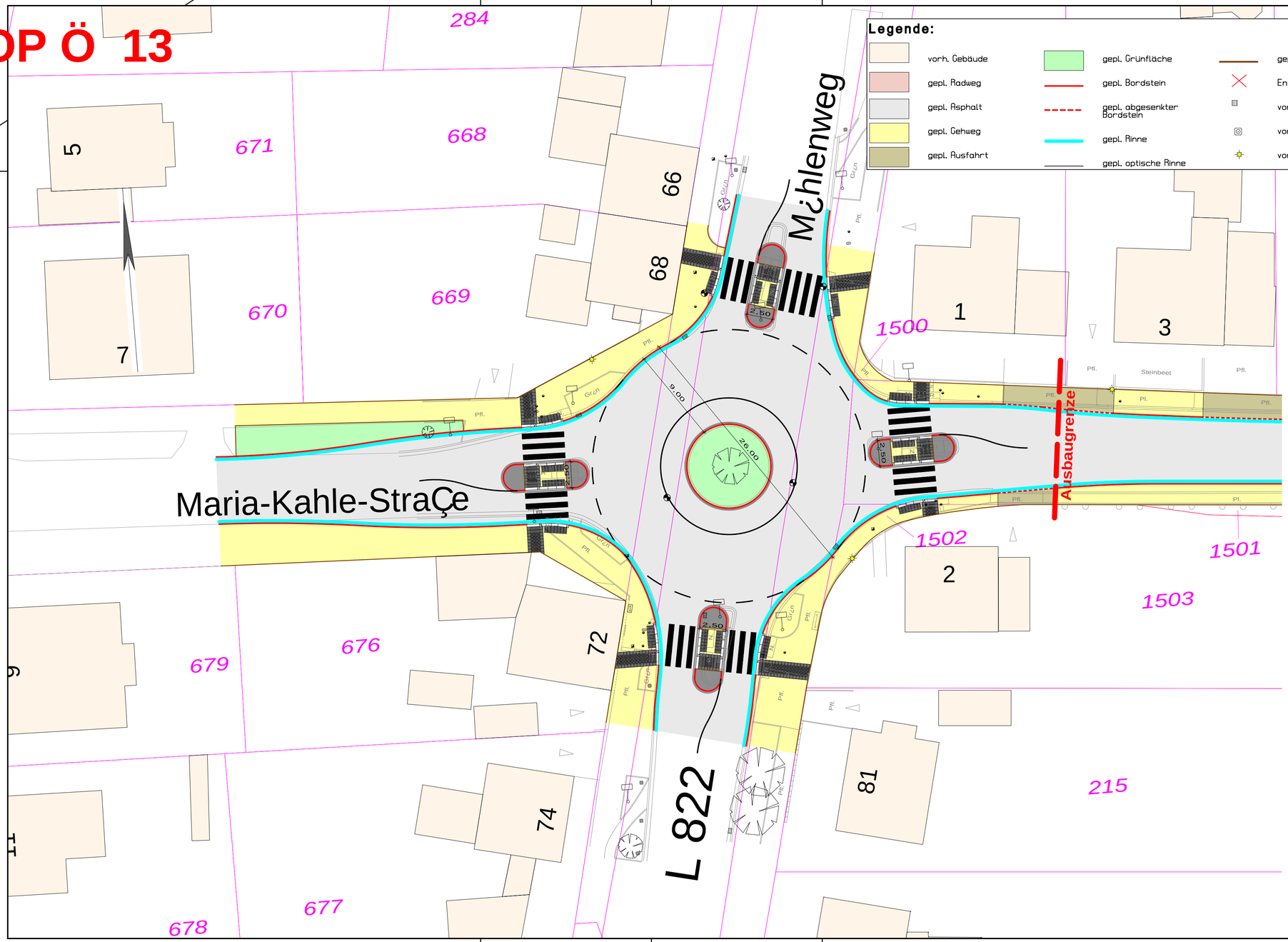
Stadt Beckum
Der Bürgermeister

Projekt:	Erneuerung der Straßen Hansaring und Südring in Beckum		
Planbezeichnung:	Lageplan Straßenausführung Südring Blatt 7	Plotbox: Blatt 7	
Maßstab:	1 : 250	Projektnummer:	25005
Datum:	28.02.2025	Bearbeitung:	P. Pfeifer
Auftraggeber	 2025	Aufgestellt	Sendenhorst, ... 2025

L:\2025\25005\03 GVP\25005 aktueller Plan GVP, Druckdatum: 23.04.2025

TOP Ö 13

Anlage 6 zur Vorlage 2025/0124



Index:	nderungen:	Datum:	Gez:

PLANUNG UND ABWICKLUNG VON VERKEHRSANLAGEN UND INGENIEURBAUWERKEN

Osttor 43
48324 Sendenhorst

Tel. 02526 / 1026
Fax 02526 / 1025-5

info@gnegel.net
www.gnegel.net

GNEGEL GMBH

Stadt Beckum
Der B¿rgermeister

Projekt:	Erneuerung der StraÇen Hansaring und S¿dring in Beckum		
Planbezeichnung:	Lageplan StraÇenausf¿hrung S¿dring Blatt 9	Plotbox: Blatt 9	
MaÇstab:	1 : 250	Projektnummer:	25005
Datum:	28.02.2025	Bearbeitung:	P. Pfeifer
Auftraggeber 2025		Aufgestellt Sendenhorst, ... 2025	

L:\2025\25005\03 GVP\25005 aktueller Plan GVP, Druckdatum: 23.04.2025